Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekázanka 18 ◆ Telephon: 26795, 31469, Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33555 ◆ Postscheckamt: 57544

13. Jahrgang. | Freitag, 29. September 1933 | Nr. 228.

Der Zusammenbruch der „Volksfront"

Nach dem Bund der Landwirte und der Gewerbepartei sagen nun auch die Christlichsozialen ab

Es ist erst wenige Tage her, daß die Schaffung der Deutschen Volksfront, in der alle deutschbürgerlichen Parteien aufgehen sollten, von einem Großteil einer allerdings politisch vollkommenen uninformierten deutschen Oeffentlichkeit mit geradezu hemmungsloser Begeisterung begrüßt wurde. Alles stellt sich dieser Neugründung gegenüber sympathisch ein und erwartet von ihr die Lösung aller politischen Probleme. Aber jetzt, da man daran geht, den großen Plan zu verwirklichen, schleicht sich eine Partei nach der andern fort, wie die einzelnen Musiker aus der Haydnschen Abschiedssymphonie. Zuerst war es der Herr Minister Spina, der eine nichts an Deutlichkeit zu wünschende Absage erteilte, dann winkten die Gewerbeparteiler ab, auf die man so große Hoffnungen gesetzt hatte und

jetzt erhalten die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die hinter der Volksfront ein sicheres Versteck gesucht haben, den Fußtritt von den Christlichsozialen.

In einer Entschließung der christlichsozialen Volkspartei, welche die gestrige „Deutsche Presse" veröffentlicht, wird zwar die Zustimmung der christlichsozialen Partei zu dem zu schaffenden Volksrat, der nach allem, was man hört, eine ganz unpolitische Körperschaft werden wird, erteilt, aber festgestellt, daß die Christlichsozialen im Bewußtsein ihrer völkischen Aufgabe entschlossen sind, in Programm und Methoden ihrer zielbewußten Politik unverändert fortzufahren".

Den Dolchstoß, den da die christlichsoziale Volkspartei „im Bewußtsein ihrer völkischen Aufgabe" der Deutschen Volksfront gibt, wird die Macher der Deutschen Volksfront um so schmerzlicher treffen, als

die erste Idee von der Volksfront von niemandem anderen ausging als — von den Christlichsozialen.

Auf dem Parteitag der christlichsozialen Partei, der am 25. Mai 1933 stattgefunden hat, richteten die Delegierten „an alle deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei, die dringende Aufforderung, sich zusammenzuschließen zu einer einheitlichen sudetendeutschen Front". Die Christlichsozialen wollten damals aus opportunistischen Gründen als die eigentlichen Vorkämpfer der sudetendeutschen Einheit erscheinen, als aber die andern die Christlichsozialen beim Worte nahmen, trat die christlichsoziale Parteileitung noch einmal zusammen und

beschloß am 27. September genau das Gegenteil von dem, was am 25. Mai im Interesse des deutschen Volkes gewesen war.

So schaut also „die zielbewußte Politik" der Christlichsozialen aus, von der sie sprechen.

Wie unkritisch die deutsche Oeffentlichkeit allen den Bestrebungen nach Aufrichtung einer Einheitsfront der Sudetendeutschen gegenübersteht, dafür ist ein Beweis ein Artikel, der in verschiedenen deutschen Blättern erschienen ist und der mit dem Ruf beginnt: „Schluß mit den Verhandlungen! Vorbehalte parteipolitischer Art haben keine Berechtigung mehr." Das sei angeblich der Schlachtruf der jungen Generation. Den jungen Herren innerhalb der deutsch-bürgerlichen Parteien handelt es sich also nicht darum, eine Deutsche Volksfront mit einem fest umrissenen Programm zu schaffen, sondern sie will vor allem mit den Verhandlungen Schluß machen und das Kind taufen lassen, noch bevor es auf die Welt gekommen ist. Daß die Parteigestaltung im deutschen Volke ebenso wie in jedem anderen Volk — wenn nicht alles unter einem Diktator schmachtet — die Folge der sozialen Schichtung der Bevölkerung ist und daß man diese

sozialen Schichtungen mit Beschwörungen nicht beseitigen

kann, so viel politische Bildung sollte die deutschbürgerliche Jugend haben.

Schließlich ist noch ein Aufsatz im „Teplitz-Schönauer Anzeiger" vom gestrigen Tage erwähnenswert, der von der Korrespondenz der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft in Prag versandt wird, und in welchem sich der Verfasser dagegen wendet, daß die Sozialdemokratie sich an dem zu schaffenden Volksrat nicht beteiligt. Dazu ist vor allem festzustellen, bevor darüber weiter geredet wird, daß

kein Mensch an die deutsche Sozialdemokratie herangetreten ist, um sie aufzufordern, sich an dem Volksrat zu beteiligen.

Um allen Märchen, welche die deutsch-bürgerlichen Parteien für die Zukunft schon jetzt verfassen, die Wahrheit entgegenzuhalten, sei also festgestellt, daß **die deutsch-bürgerlichen Parteien nicht die geringste Anstrengung gemacht haben, um einen Volksrat zu schaffen, in dem alle deutschen Parteien vertreten sind.**

•

Getarnte Gleichschaltung

Christlichsoziale solidarisch mit den Hakenkreuzlern.

Die deutschen Christlichsozialen scheinen entschlossen zu sein, auch weiterhin zwei Eisen im Feuer zu halten. Zwar hat am Mittwoch ihre Reichsparteileitung die Volksfront abgelehnt und sich damit begnügt, ihre Zustimmung zu dem etwas ungefährlicheren Volksrat zu geben. Damit glaubte sie die allzu große Nähe der Hakenkreuzler vermieden und ihre demokratische Unabhängigkeit genügend bewiesen zu haben. Gleichzeitig aber breiten die Christlichsozialen den Mantel ihrer christlichen Nächstenliebe über die Faschisten aus, indem sie über den „erhöhten Polizeidruck" klagen, der „besonders schwer auf den Deutschen" laste. Mit welchem Recht setzt die christlichsoziale Parteileitung die Hakenkreuzler dem Sudetendeutschtum gleich?

Wer außer den Faschisten und Feinden der Demokratie hat denn Anlaß, die Polizei zu fürchten? Gegen wen sonst wurden die Machtmittel des Staates, spät genug, eingesetzt? Und zwar in gleicher Weise gegen die deutschen Nazis mit ihren versteckten Freunden und Helfern, wie gegen die tschechischen Faschisten und die slowakischen Irredentisten? Die christlichsoziale Entschließung übergeht jedoch alle diese Tatsachen, um damit Stimmung für die Hakenkreuzler zu machen. Wären die deutschen Christlichsozialen eine demokratische Partei aus Gesinnung und nicht aus Angst, so hätten sie eine klare Trennungslinie zwischen sich und den Feinden der Demokratie gezogen. Sie ziehen es jedoch vor, an die Stelle der verunglückten Volksfront eine getarnte Gleichschaltung mit den Faschisten zu setzen und wundern sich dann noch, wenn im tschechischen Lager Pauschalbeschuldigungen gegen die Deutschen laut werden. Die Christlichsozialen und ihresgleichen unter den bürgerlichen Parteien tragen die Schuld, wenn in das Schicksal der Nazis andere Kreise des Deutschtums in der Tschechoslowakei mitgerissen werden.

Goering ausgeschaltet?

London, 28. September. (Inpreß.) Der „Daily Herald" veröffentlicht eine Information, die wir mit allen Vorbehalten weitergeben.

In Londoner diplomatischen Kreisen wird das „Verschwinden" Goerings aus dem aktiven politischen Leben erörtert, des Mannes, der mehr Titel und Uniformen besitzt als irgendeiner in Deutschland.

Der preußische Ministerpräsident erschien in der Oeffentlichkeit zum letzten Mal zur Eröffnung des preußischen Staatsrates. Seit dieser Gelegenheit scheint niemand ihn gesehen oder gehört zu haben, obschon vorgesehen war, daß er in Köln und bei andern Gelegenheiten spreche. Offiziell teilte man mit, er sei zur Jagd nach Ostpreußen gefahren. Der „Beweis" war ein Photo von Goering mit einem erlegten Wild, aber das kann aus früheren Zeiten stammen.

Die Besorgnis der Freunde Goerings sei verstärkt durch seine krankhafte Vergangenheit . . .

Wenn diese Meldung, deren Richtigkeit wir im Augenblick nicht nachprüfen können, sich bestätigen würde, so bedeutete sein plötzliches Verschwinden, angesichts des Gegenprozesses in London und der Komödie von Leipzig, das eigene Eingeständnis der Hauptschuld des Morphinisten-Generals am Reichstagsbrand.

Neurath und Goebbels entschuldigen sich

Für alle Fälle verstärkt die Schweiz den Grenzschutz

Bern, 28. September. (SDA.) Zwei Nationalräte interpellierten heute den Nationalrat über die Grenzverletzungen seitens deutscher Staatsbürger zu denen es vor einiger Zeit an der Schweizer-deutschen Grenze kam. Beide Nationalräte fragten an, was der Bundesstaat zu unternehmen beabsichtige, damit sich ähnliche Zwischenfälle nicht mehr wiederholen.

Bundesrat Motta rekapitulierte in seiner Antwort die ganze Angelegenheit und schilderte, wie es zu den drei Zwischenfällen kam. Im ersten Falle drangen deutsche SA-Leute auf schweizerisches Gebiet ein, wo sie eine Haussuchung vornahmen. In dem zweiten Falle bemächtigten sich deutsche SA-Männer auf schweizerischem Territorium eines Schmugglers tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit.

Im letzten Falle, der sich in den letzten Tagen ereignete, handelte es sich um sechs deutsche Staatsangehörige, die einen Ball besuchten und auf dem Rückwege wegen einer umstürzlerischen Aufschrift auf dem Automobil, das sie benützten, in einen Konflikt mit der Grenzwache gerieten, wobei sie einen großen Tumult verursachten. „Gleich den nächsten Tag", erklärte Motta, „protestierten wir in Berlin und wir hoffen, daß es auch diesmal zur Bestrafung der Schuldigen kommen wird."

Redner führte hierauf weiter aus, daß er gestern in Genf mit dem deutschen Reichsaußenminister von Neurath und mit Minister Dr. Göbbels gesprochen habe, die erklärten, daß ihre Regierung bedauere, daß es zu diesen Zwischenfällen kam, und daß sie einschreiten werden, damit sich derartige Zwischenfälle nicht mehr ereignen.

Bei dieser Unterredung berührte Motta gegenüber den beiden deutschen Ministern auch das schroffe Vorgehen gegen Schweizer Staatsangehörige in Deutschland, das Verbot von Schweizer Zeitungen und gewisse Aeußerungen über die Schweizer Demokratie.

In der Debatte, die sich über diese Angelegenheiten entwickelte, zeigten die deutschen Minister das beste Verständnis und erklärten, daß weder die Doktrin noch die Politik Deutschlands gegen die Schweiz gerichtet sei und daß im Gegenteil nicht möglich sei, sich ein Europa ohne die Schweiz vorzustellen.

Zum Schluß bemerkte Motta, daß die Schweizer Zollverwaltung bereits Schritte unternommen habe, um die Grenzwachen zu verstärken und den Grenzschutzdienst zu verschärfen.

*

Erschwernisse für Auslandsarbeiter in Deutschland

Berlin, 28. September. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt mit, daß seit dem 1. Juli 1933 ausländische Arbeiter und Angestellte nur noch beschäftigt werden dürfen, wenn sie entweder im Besitz einer Arbeitskarte oder eines Befreiungsscheines sind. Sämtliche vor dem 1. Juli 1933 erteilten Legitimationskarten und Befreiungsscheine oder sonstige Bescheinigungen zur Beschäftigung eines ausländischen Arbeitnehmers haben ihre Gültigkeit verloren.

Ein anderes Braunbuch

Neben dem vielzitierten Braunbuch, das den nationalsozialistischen Terror in Deutschland und vor allem den Göringschen Reichstagsbrand schildert, soll ein anderes Braunbuch nicht übersehen werden, das von der österreichischen Regierung herausgegeben wurde, eine amtliche Veröffentlichung, außer einer Zusammenfassung der nationalsozialistischen Terroraktie in Oesterreich auch eine Dokumentensammlung über die Leitung dieser Aktionen durch die reichsdeutsche nationalsozialistische Partei bringt.

In der arroganten Rede, die der Außenminister Freiherr von Neurath dieser Tage vor Vertretern der ausländischen Presse in Berlin hielt, sprach er auch von Oesterreich. Er fragte, mit welchem Rechte man es denn international verteidigen wolle, wenn die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich mit den Mitteln der Gewalt an der freien Entfaltung behindert werde. Das Braunbuch der österreichischen Regierung schildert, welcher Art die „freie Entfaltung" war, die mit Gewalt unterdrückt wurde. Es zeigt auch ein paar Bilder der Wirkungen dieser „Bewegung": eine Aufnahme der zerfetzten Leiche des durch einen Bombenwurf ermordeten Juweliers Norbert Futterweit, im Blute schwimmend, dann eine Aufnahme seines durch das Bombenattentat zerstörten Geschäftes, Bilder des demolierten Geschäftes der Firma „Hak", Bilder, die an jene aus der „großen Zeit" erinnern, und schließlich Bilder verschiedener nationalsozialistischer „Argumente": Ammonitpatronen und verschiedene Sprengkörper.

Von fünf Toten, drei Schwerverletzten und siebenundzwanzig Leichtverletzten als Opfern der Entfaltung der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich berichtet das Braunbuch, von fünf Anschlägen auf politische Führer, von vielen Brandstiftungen, Bombenwürfen, Sabotageakten aller Art. Die Täter waren durchwegs Angehörige der nationalsozialistischen Partei (Hitlerbewegung). Die Anschläge und Terroraktie sind auch auf das Eingreifen und Mitwirken reichsdeutscher Nationalsozialisten zurückzuführen. Sie sind nach einem bestimmten Plane ausgeführt worden.

Es ist nichts Neues, was das österreichische amtliche Braunbuch berichtet. Die nationalsozialistischen Terroraktie wurden von den Zeitungen gemeldet, auch über die Verbindung, die sehr enge Verbindung der österreichischen Nazi mit reichsdeutschen Parteistellen ist durch die Zeitungen genügend bekannt geworden. Wertvoll aber ist die Sammlung, die zusammenfassende Darstellung der nationalsozialistischen „Kampfaktionen", die das Braunbuch zu einem nationalsozialistischen „Heldenbuch" machen, freilich zu einem, an dem die Nazi keine große Freude haben dürften. Nicht etwa, daß ihr Gewissen erschüttert werden könnte! Den Nazi gilt ja die Ermordung des politischen Gegners wirklich als Aktion, die alles Lobes wert ist. Aber die anderen, die Nichtnazi, können durch eine solche Darstellung aufgerüttelt werden. Es gibt ja doch noch Menschen, die eine Partei, die sich durch Morde und Sabotageakte den Weg zur Macht erzwingen wollen, verabscheuen und von einer „Befreiung" durch Verbrecher nichts wissen wollen.

Daß die österreichische nationalsozialistische Partei (Hitler-Bewegung) nur eine Untergruppe der reichsdeutschen Partei und Herrn Adolf Hitler unterstellt war, geht aus dem Braunbuch mit aller Deutlichkeit hervor. Die SA-Oesterreich bildete unter Nr. 16 die Gruppe Oesterreich zwischen den Gruppen Ostmark und Pommern. Befehle und Anordnungen reichsdeutscher Parteistellen wurden den österreichischen Organisationen übermittelt. Eine ganze Anzahl erster Führer der

österreichischen Nazi waren Reichsdeutsche (Landesinspekteur war der Reichstagsabgeordnete Habicht).

Hitler hat wiederholt erklärt, er sei der alleinige Führer der Partei, ohne sein Wissen und seinen Willen geschehe nichts in der Partei. Die österreichische Partei war ein Teil, ein Glied der Partei Hitlers! Der nationalsozialistische Kampf in Oesterreich kann nicht ohne Wissen, nicht gegen den Willen des „Führers" entfesselt worden sein!

Wer wollte einzuwenden wagen, daß dieser Kampf in einer Reihe von Terrorakten bestand? War der Kampf des Nationalsozialismus in Deutschland etwas anderes? Wie sehr die nationalsozialistischen Parteien auf den Terror eingestellt sind, wie sehr er zu ihrem Alltagsgebrauch zählt, zeigt ein im Braunbuch veröffentlichtes Formular für Monatsberichte der Bezirkswerbeleitungen, in dem es heißt:

B. Tätigkeit (statistisch).

1. Eigene.
   a) größere Kundgebungen und Demonstrationen . . . . . .
   b) öffentliche Versammlungen . . . . . .
   usf. bis:
   f Terrorakte und Ueberfälle und von wem ausgehend . . . . . .

Wer wagt da noch von „Verzweiflungstaten" oder von „Aktionen Unbesonnener" zu sprechen?

Aufzeichnungen über einen Führerrat, der in Linz tagte, verzeichnen folgende Beschlüsse: a) Kleiner Straßenterror gegen alles Schwarzgelbe in Wort, Schrift und Bild. b) Sprengung aller Versammlungen und Besprechungen in dieser Richtung. c) Steigerung der seelischen Aufwühlung bis zur Reife für „Alles". d) Aufforderung an alle Selbstmörder, sie sollen sich doch, wenn sie abfahren wollen, einen Heldentod suchen und ein paar Schuldige ihrer Not mitnehmen. „Bei geschickter Aufmachung dieser Propaganda kann man die Personen, die drankommen sollen, schon richtig in den Vordergrund rücken." e) Sprengung von Gütertransporten, die zum Beispiel Wein und Industrieartikel beinhalten . . .

Und der Außenminister des Hitlerreiches klagt über die gewaltsame Unterdrückung der freien Entfaltung einer solchen Bewegung!

Aber: „Die Reichsregierung denkt nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen". Auch das sagte Neurath. Aber — ist nicht im „totalen Staat" die Partei der Staat? Ist nicht der deutsche Reichskanzler zugleich der Häuptling der Partei? Weiß etwa der Reichskanzler nicht, was der Parteiführer tut? Als die nationalsozialistische Partei in Oesterreich verboten worden war, schuf sie sich eine illegale Organisation. Zur Tarnung diente die „Gesellschaft für kulturelle Zusammenarbeit in Ost- und Südeuropa", geleitet von Dr. Herbert Schneider, die in direkter Verbindung mit dem Außenpolitischen Amt der Reichsparteileitung der NSDAP in Berlin stand. Dieses Außenamt ist direkt Hitler unterstellt. Korrespondiert wurde auf dem Wege über — die Deutsche Gesandtschaft in Wien! Aber „der Reichsregierung liegt es ferne, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen".

Sie — was ja gleichbedeutend ist mit der Partei Hitlers — hat bloß angenommen, Oesterreich so leicht erobern zu können wie Danzig, das unter wohlwollender Duldung des Völkerbundes „gleichgeschaltet" wurde. Und als es Widerstände gab, ließ eben — nicht die Reichsregierung, selbstverständlich nicht, wohl aber die Partei eine Terrorwelle los. Denn das ist doch ganz unzweifelhaft erwiesen, daß alles, was in Oesterreich geschah, von Deutschland aus gewollt und geleitet wurde.

Die Politik der österreichischen Regierung, die dem ausländischen einen „bodenständigen" Fascismus entgegenstellt, muß an dieser Stelle aus der Betrachtung ausscheiden. Hier handelt es sich nur darum, an der Hand des österreichisches Braunbuches zu zeigen, daß die Terrorakte der österreichischen Nazis von Deutschland aus kommandiert wurden, daß die österreichische Nazi-Partei eine Untergruppe der reichsdeutschen war, daß der österreichische Nationalsozialismus geführt wurde und wird von Deutschland aus!

Und nach dieser Feststellung ist die Frage naheliegend, ob die anderen nationalsozialistischen Parteien, auch wenn sie nicht „Hitler-Bewegung" heißen und sehr lebhaft ihre organisatorische Selbständigkeit beteuern, von der NSDAP Deutschlands wirklich unabhängiger sind als die österreichischen Nazi?

So schaffen sie „Arbeit und Brot"

Hochkonjunktur für Scharfrichter

Goering richtet eine Henkerschule ein

Durch direkte Verfügung des preußischen Ministerpräsidenten wurden 50 ausgesuchte SS-Leute, die zum großen Teil aus der „Abteilung zur besonderen Verwendung" stammen, zu einem „Schulungskurs für Exekutionen" abkommandiert. Der Unterricht in diesem z. Zt. sehr aktuellen Thema wird von Beamten des preußischen Justizministeriums und der Gefängnisverwaltung in Plötzensee erteilt. Nach der neuen Hinrichtungsordnung, die Goering erlassen hat, wird es in Zukunft drei Arten von amtlichen Tötungen in Nazi-Deutschland geben. Erstens Aufhängen für politische Hochverräter, die auf freien Plätzen vor sich geht. Zweitens Erschießung für nationale Verbrecher. Diese Strafe gilt als ehrend! Drittens Köpfen mittels der Axt, was als Regel durchgeführt wird.

Unter den Lehrern für diese Henkerschule befinden sich u. a. Oberst Wecke, Leiter der Abteilung zur besonderen Verwendung, der amtliche preußische Scharfrichter Gröpler aus Magdeburg und Kriminalkommissar Fähnrich, der seit längerer Zeit das politische Sonderdezernat der zur besonderen Verwendung unter sich hat. Die so ausgebildeten 50 SS-Männer werden als beamtete Helfer den deutschen Scharfrichtern zugeteilt werden. Es wird demnächst bei den erwarteten öffentlichen Hinrichtungen der Leipziger Angeklagten zum ersten Male ein Auftreten in der Oeffentlichkeit dieser braunen Henkerspiranten erfolgen.

Goebbels macht sich lächerlich

Eine Rede vor der ausländischen Presse in Genf

Goebbels, der gewiegte Propagandist und Großlügner der nationalen „Revolution", gibt augenblicklich in Genf eine Vorstellung. Wenn man ihm auch lassen muß, daß er die deutsche Volksseele und vor allem die Seele des deutschen Spießers kennt, so muß man doch sagen, daß er sich von der Geistigkeit und Gutgläubigkeit der anderen Völker die lächerlichsten Vorstellungen macht. Die Propagandamethoden, die in Deutschland verfingen, in Genf anwenden zu wollen und noch dazu nach allem, was in Deutschland geschah, das beweist ein Maß von Dummheit, das wir Goebbels nicht zugetraut haben.

Zu den „gelegentlichen Uebergriffen unkontrollierbarer Elemente" gehört auch die Genfer Darstellung, die Goebbels über die Zustände im Dritten Reiche gab. In Deutschland muß man gute Miene zu seinen bösen Spielen machen, in der übrigen Welt darf man ihn verlachen und offen verachten.

Die einzelnen Bemerkungen, die Goebbels bei dem Genfer Presseempfang machte, bedürfen keines Kommentars; sie brauchen nur mit der deutschen Wirklichkeit konfrontiert zu werden.

*

Berlin, 28. September. Das Wolffbüro meldet aus Genf: Reichspropagandaminister Doktor Goebbels empfing heute die internationale ausländische Presse, um, wie er sagte, angesichts des Mißtrauens und der Ablehnung, welche der nationalsozialistische Staat vielfach in der Welt gefunden habe, wenigstens ein gewisses Verständnis für das zu wecken, was sich in Deutschland zugetragen habe. Der Minister erklärte sodann, wie es in dem Bericht des Wolffbüros weiter heißt, die Auffassung, als habe die nationalsozialistische Bewegung mit Gewalt und rücksichtslosem Terror die Macht an sich gerissen, um sie brutal gegen ihre innerpolitischen Gegner auszunutzen, entspreche nicht dem tatsächlichen Verlauf der Dinge (!), da die NSDAP legal in die Verantwortung berufen worden sei. Sie habe auch legal ihre Machtpositionen ausgebaut. Volk und Regierung in Deutschland seien eins (!). Der Wille des Volkes sei der Wille der Regierung und umgekehrt. Der moderne Staatsaufbau in Deutschland sei eine veredelte Art von Demokratie. Im übrigen stehe es jedem Ausländer frei, deutsche Konzentrationslager zu besuchen, um zu sehen, daß dort nicht Grausamkeit und Brutalität herrschen. Einer der am häufigsten gegen das Hitlerdeutschland erhobenen Vorwürfe sei, daß seine Behandlung der Judenfrage den Gesetzen der Humanität zuwiderlaufe und daß sie deshalb in der ganzen Welt auf Verständnislosigkeit gestoßen sei. Der Minister erklärte, er stehe nicht an, offen zuzugeben, daß im Verlauf der nationalen Revolution in Deutschland gelegentlich Uebergriffe seitens unkontrollierbarer Elemente geschehen seien. Wenn aber die deutsche Regierung die Auseinandersetzung mit der Judenfrage auf gesetzmäßigem Wege vorn[illegible]m, so habe sie damit die humanste und [illegible]halste Methode gewählt (!). Nichts hätte dem Nationalsozialismus ferner gelegen, als eine billige Rache zu üben. Es scheine unerträglich, daß die Behauptung, Mitglieder der deutschen Regierung hätten aus Parteigründen den Reichstag in Brand gesetzt, von einem Teil der Weltpresse übernommen wurde. Weiter führte Dr. Goebbels aus, nichts liege Deutschland ferner, als aus dem Nationalsozialismus einen gängigen Weltartikel zu machen. Er sei vielmehr eine typisch deutsche Erscheinung. Schließlich wandte sich der Propagandaminister gegen die Behauptung, daß sich das nationalsozialistische Deutschland mit kriegerischen Gelüsten trage. Es sei verletzend, wenn man die Begleitumstände der innerdeutschen Umwälzung als Argument gegen die Forderung der deutschen Sicherheit ausmünzen wolle. Deutschland wolle den Frieden und sei bereit, am Frieden Europas mitzuarbeiten.

Beifall als Demonstration gegen Hitlerdeutschland

Genf, 28. September. (Havas.) Das Ereignis des gestrigen Tages war die Rede des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß. Die Sympathie, die derselben seitens des Völkerbundplenums entgegengebracht wurde, wird als eine gegen Hitlerdeutschland gerichtete Spitze ausgelegt.

Blum für die Demokratie in Oesterreich

Paris, 28. September. Die Genfer Rede des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuß wird in der Pariser Presse im ganzen sympathisch kommentiert.

Die Linksblätter verhalten sich zur Rede und zur Politik des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß ziemlich reserviert. Leon Blum lehnt die Politik Dollfuß im sozialistischen „Populaire" offen ab und schreibt, die Diktatur und der Fascismus werden Oesterreich nicht retten, sondern im Gegenteil Deutschland ausliefern. Leon Blum appelliert an Frankreich und an die Tschechoslowakei, gemeinsam an der Erhaltung der österreichischen demokratischen Republik zu arbeiten.

Der naive Dollfuß

Paris, 28. September. Der in Genf weilende Sonderberichterstatter des „Figaro" berichtet über eine Unterredung mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß. Danach habe Dr. Dollfuß erklärt, er habe den Eindruck, daß seine Bemühungen, Oesterreich moralisch und materiell lebensfähig zu gestalten, endlich in Frankreich Verständnis fänden. Dieser seiner Politik entspreche auch die neuerliche Umbildung seines Kabinetts. Er müsse es bedauern, daß er sich von Heeresminister Vaugoin habe trennen müssen. Im Uebrigen sei die feindselige Einstellung der französischen Sozialisten gegen seine Regierung nicht zu begreifen. Die französischen Sozialisten müßten doch die übereinstimmenden Interessen ihres Landes mit der Politik des jetzigen Kabinetts in Oesterreich begreifen und sich nicht nur von Parteisympathien leiten lassen.

Hakenkreuz in aller Welt unbeliebt

San Francisco, 28. September. Für die Feier eines „Deutschen Tages" verbot der Bürgermeister das Tragen und Anbringen des Hakenkreuzes, weil Zusammenstöße befürchtet werden.

10

Lilith und der Komet

Ein abenteuerliches, modernes Märchen von **Kurt Doberer**

Eben, als ich meine Hand an das Schloß drücken wollte, klangen drinnen einige Schritte. Kaum war ich zurückgeschnellt, da wurde schon geöffnet. Es war Matassanis Sekretär, der Grieche mit dem langen Namen, den sie nur „Motti" nannten.

Zuerst glaubte ich, ich hätte irgendein Signal berührt. Aber Motti schien nichts zu ahnen. Er trat einige Schritte seitwärts, zog dort an einem Hebel und trat dann zurück in das Zimmer.

Es waren nur Sekunden gewesen, aber ich stand jetzt im Halbdunkel hinter dem schweren Bücherschrank des Arbeitszimmers.

Nun hatte ich einige Augenblicke Zeit zum Nachdenken. Merkwürdig, wie zwecklos dieser Angriff mir nun schien! Aber er mußte gemacht werden. Meine Figuren waren in Gefahr. Mit seinem Rückzug mußte ich meinen Rückzug decken. Er mußte zurück oder — — dann würde ich eben schießen.

Ich war nicht mehr so mordlustig wie noch Minuten vorher. Ich würde es gemacht haben, wie eine Sache, die eben gemacht werden muß.

Es war ein schlechter Zug, jetzt anzugreifen. Wenn Matassani ein nervöser Spieler war und aufgab, dann mußte es knallen und ich hatte die Partie trotzdem verloren. Dann war mein einziger Entlastungszeuge erschossen und für die Welt war ein neuer Mord begangen. Es war ein verdammt schlechter Zug!

Müde und abgespannt saß Matassani vor seinem Schreibtisch. Im blauweißen Schein seiner Tischleuchte sah er doppelt bleich aus. Er war aufgerieben durch die Ereignisse. Matassani war eitel und maßlos ehrgeizig. Mutig war er aber nicht. Er saß in seinen Sessel gekauert. Motti mußte sich durch Räuspern bemerkbar machen.

Als Matassani aufblickte, konnte ich seine Augen sehen, die so merkwürdig flackernd und unruhig. Kannte oder witterte er die Gefahr?

Nun sprach er im Flüsterton: „Motti, haben Sie den Aufzug gesperrt?"

„Er ist geschlossen, man kann ihn nicht benützen", sagte der.

Dann blickte Matassani wieder auf seine Schreibtischplatte, als er weitersprach. „Motti, Sie gehen hinunter. Stellen Sie das Stromgitter ein. Ich werde noch arbeiten."

Vielleicht war Matassanis Gesicht um einen Grad gespannter, als Motti die Tür hinter sich geschlossen hatte.

„Schach Matassani!" sagte ich, aus dem Schatten tretend. Vor mir hatte ich die kleine schwarze Maschinenpistole.

Langsam und müde sah Matassani auf. Sein Ding schien ihm kein Glück gebracht zu haben — bei ihr. So abgespannt war er, daß er bei meinen Worten nicht einmal zusammen zuckte.

Aber als er mich so stehen sah, schien ihn etwas froh zu machen. Er lächelte ironisch und, wie mir schien, auch etwas höhnisch. „Sie haben wohl heute schon einen Zug verloren, Douglas, vielleicht das Damenschach?"

„Die verfluchten Spionage-Apparate haben Sie wohl auch in den Zimmern Ihrer Frau?" zischte ich ihn an.

Er war wieder in seinen Sessel zurückgefallen und jedes Lächeln war aus seinem Gesicht verschwunden. „Sie halten mich noch für schlechter als ich bin, Douglas!"

Und sonderbar, gerade in diesem Augenblick sah ich es, daß auch er Stahlmöbel hatte. Gerade so wie ich und wie alle, die von ihrer Arbeit und für ihre Arbeit leben.

Ich steckte die Pistole ein.

„Sie schießen nicht, ich habe es gewußt", sagte er. „Es wäre ein schlechter Zug für Sie gewesen, ein sehr schlechter Zug. Und vielleicht Ihr letzter Zug. — Douglas, vielleicht kämpfe ich auch um Macht, um Ehre. Aber ich glaube, ich kämpfe doch nur um diese Frau. Ich habe sie nicht gewonnen und für Sie ist sie verschlossenes Land, auch wenn sie mit Ihnen ginge. Wollen wir weiter kämpfen?"

Ich schwieg. Mir war diese Wendung so unerwartet. Ich hatte Mißtrauen.

Matassani war in das alte Du gefallen, als er weiter sprach. „Du spielst weiter, wenn ich dir eine Chance gebe. Daß die Schüsse mein Tod sind, na ja. Aber Sekunden später könntest du den Schlüssel auf diesem Taster nicht senden. Die Signale sind eingeschaltet. Du wärst gefangen wie eine Maus."

Nun schien er mir wieder so schlecht und unsympathisch wie vorher. Er feilschte.

„Wir spielen also weiter — Herr Matassani!" sagte ich laut. Dann ging ich. Er war ein etlicher Kerl und er konnte mich jetzt in die Falle setzen. Aber er tat es sonderbarer Weise nicht.

Ich atmete tief, als ich durch die Glastüre auf die Freitreppe trat. Meine Augen wanderten über den im Mondlicht liegenden Park — Tiefschwarz standen die Tannen. Eine Wiese lag in graugrünem Licht. In den Büschen tanzten leuchtende Käfer. In dieser Nacht sprangen Brunnen für Durstige.

In dieser Luft schien alle Beherrschung zu zerbrechen. Ich preßte die Hände an die Stirne. Nichts mehr denken — nichts mehr fühlen! — In diesem Augenblick fürchtete ich sie alle, die mich haßten und die mich liebten.

Dort drüben auf dem harten Sand stand eine graue Maschine. Jeder Hebel war mein Werkzeug. Jedes Rad wartete auf meinen Wink, um das zu tun, wozu es geschaffen war.

Ohne diesen fürchterlichen, unendlich großen, unendlich kleinen Willen des Lebenden, war diese Maschine. Ohne jenen Willen, der ohne Zweck und Logik, unvorausbestimmbar durch das Weltgeschehen rast. Dieser Wille, der höhnisch im Hasard seine Entschlüsse wirft — Schwarz — Weiß — Schwarz.

Ich ließ den Kopf hängen, als ich die Treppe hinabzuschreiten begann. Allein sein jetzt — nur allein! Die Hand an den Hebeln, hinausrasen — die Augen in das Dunkel gerichtet.

Etwas ließ mich aufsehen. Vielleicht war es ein Laut, vielleicht ein Gedanke.

Eine Frau saß auf dem Marmor in der Treppennische. Es war Lilith. Ihre Augen sahen mich an voll Qual. Sie waren schwarz und glänzend.

Als ich meine Hand heben wollte, gehorchte sie mir nicht. Weder die Sehnen noch die Nerven gehorchten meinem Willen. Mein Hirn schrie: Lilith — Lilith! Doch meine Lippen bewegten sich nicht. Meine Zunge lag tot und schwer wie Blei im Munde.

Nur meine Füße — in schrecklichem Gleichmaß bewegten sich meine Füße. Sie waren nicht anzuhalten.

Ich wollte schreien, aber ich konnte ja nicht. Meine Augen bettelten: Lilith! Aber meine Füße schritten weiter.

Dann war ich bei ihr. Ich wollte den Kopf ihr zuwenden, als ich vorbeiging. Aber meine Füße schritten weiter.

Als ich auf Sand trat, versuchte ich, mich umzuwenden. Jedoch mein Blut schien da zu stocken, dort zu kochen. Ich taumelte. Meine Hände faßten den Stamm einer Tanne. Meine Finger krallten sich in die Rinde. Meine Stirne legte sich an das kühle Holz.

(Fortsetzung folgt.)

Wachsende Verlegenheit in Leipzig

Nichtgleichgeschaltete Zeugenaussagen — Der Untersuchungskommissär Heisig wird der Lüge bezichtigt

Prag, 28. September. Der heutige Prozeßtag brachte zwar keine Sensationen, immerhin aber einigen Aufschluß über die Schwierigkeiten, in die die Prozeßführung geraten ist. Die Unterhaltung über den Reichstagsbrand selbst wird noch nicht auf die Tagesordnung gestellt, da man der Zeugen noch nicht sicher zu sein scheint, die über die Zusammenhänge zwischen dem Brand und der KPD aussagen sollen, und weil vor allem die Vergiftung Lubbes noch nicht so weit gediehen ist, daß jeder Zwischenfall ausgeschlossen wäre. Auch das stereotype Ja und Nein des bedauernswerten Opfers kann für die Schuldigen verhängnisvoll werden, um so mehr, als die bisherigen Aussagen Lubbes Torgler und die KPD, um deretwillen doch der Brand inszeniert wurde, stark entlasten.

Selbst die frisierten Berichte des Wolffbüros enthalten genug des Bemerkenswerten. So auch der heutige Bericht über die Zeugeneinvernahmen. Da sagt ein tapferer Zeuge namens Pfeifer aus, daß er dem Lubbe die Zugehörigkeit zur KPD nie glaubte, Lubbe habe sie auch nie bewiesen. Der gleichgeschaltete Zeuge Panknin, der auf dem Kölner Arbeitsamt mit Lubbe geredet haben will, nimmt nur an, daß ein Buch, das ihm Lubbe gezeigt hat, ein Mitgliedsbuch der KPD gewesen sei, „weil es rot war" und weil der Lubbe vorher über seine Zugehörigkeit zur KPD geredet habe. Wenn einer der Zeugen nichts anderes aussagen kann, als daß in einer Ecke seines Schlafzimmers — kein Mensch hat es gesehn! — ein Brand ausgebrochen sei, ohne daß die vorgesetzte Behörde der Sache eine Bedeutung beigemessen hat, so wird offenbar, wie schlecht konstruiert das Lügengebäude ist, das um die Reichstagsbrandstiftung errichtet wurde. Ist doch allein schon die Tatsache auffallend, daß van der Lubbe, der kurze Zeit vor der Brandstiftung im Reichstag herumgezündelt haben soll, diese Versuche mit dem lächerlichsten Ungeschick durchführte, während ihm am 27. Feber ein wahres Meisterwerk gelang. Dieser Umstand scheint nur dem Leipziger Gericht nicht auffallen zu wollen, um so mehr fällt er aber dem Ausland auf. In diesem Zusammenhang gewinnt der Hinweis des Untersuchungswogts auf die nichtprotokollierte Aussage des Lubbe neue Bedeutung, daß eben auch die anderen sagen mögen, was sie gemacht haben.

Hat die gestrige Aussage des Vogt und die Feststellung des Angeklagten Dimitroff die Brutalität und das Verbrecherische der Untersuchungsmethoden aufgezeigt, so läßt die Enthüllung über die Zeugenaussage des Kriminalkommissärs Heisig keinen Zweifel mehr über die elende Rolle der amtlichen Zeugen: sie sind Organe der eigentlichen Brandstifter, sie schalten die Wahrheit gleich. Mit dem Erfolg, daß sie die Weltmeinung erst recht gegen die Leipziger Justizkomödie aufbringen.

Die Verhandlung vor dem Reichsgericht drehte sich auch heute den ganzen Tag um das Gespräch zwischen van der Lubbe und einigen Kommunisten am 20. Feber vor dem Neukollner Arbeitsamt, bei dem die angebliche Aeußerung eines der Teilnehmer (Tachow), daß man staatliche Gebäude anzünden müsse, von van der Lubbe mit den Worten bekräftigt worden sei: „So musch komme". Dann soll van der Lubbe ein kommunistisches Mitgliedsbuch aus der Tasche gezogen und gefragt haben, ob er mittun könne, worauf ein anderer Teilnehmer dieses Gespräches, der Arbeiter Bienge, erklärt haben soll: „Der Junge ist gut, den können wir gebrauchen."

Daraus soll offenbar der der Prozeßführung immer noch fehlende Zusammenhang van der Lubbes mit der kommunistischen Partei konstruiert werden. Um dieses Gespräch zu erhärten, wurden nicht weniger als dreizehn Zeugen heute vorgeladen.

Von dem Leiter des Arbeitsamtes Frank erfährt man bei der Vernehmung Schauergeschichten über die angebliche Organisierung eines „kommunistischen Angriffes" auf das Arbeitsamt. Ein Polizeihauptmann und acht Polizisten seien am Donnerstag gegen halb 9 Uhr in das Gebäude beordert worden. Unter den wartenden Arbeitslosen seien angeblich viele neue Gesichter gewesen; auf die Mitteilung hin, daß die Polizei das kommunistische Verkehrslokal, von dem aus der „Angriff" erfolgen sollte, ausgehoben habe habe sich das Arbeitsamt auffällig rasch geleert. Neun Kommunisten sollen gar mit Schußwaffen (!) ausgerüstet gewesen sein! (Und die hat man nicht sofort verhaftet?)

Ueber die aufgebauschte Brandlegung in einem Kellerraum des Rathauses erfährt man von dem Maschinenmeister Kiekbusch, daß in einer Zimmerecke eine Fläche von zwanzig Quadratzentimetern (!) „lichterloh" brannte und daß er den Brand mit mehreren Eimern Wasser selbst löschen konnte. Am nächsten Tag habe er den Vorfall seiner vorgesetzten Behörde mündlich gemeldet, dort wurde ihm gesagt, es komme nicht in Frage, daß man über eine solche Sache große Meldungen mache.

Auch der Brand in einem Fenster des Schlosses, zu dem van der Lubbe auf einem Gerüst hinaufgeklettert sein soll, war ein höchst untauglicher Versuch. Der Feuerwehrmann, der den Brand entdeckt hat, kann sich gar nicht mehr auf Einzelheiten erinnern, so „aufgeregt" sei er gewesen. Von dem Baugewerkssekretär Schulz wird die Geschichte sehr aufgebauscht: „Wenn" die Brandstelle einige Meter weiter links gewesen wäre, so „hätte" in kurzer Zeit das ganze Schloßdach in Flammen aufgehen „können". Da Wohnungen in der Nähe sind, so „hätte" der Brandstifter damit auch Menschenleben gefährdet.

Dann kommt das eingangs zitierte Gespräch van der Lubbes zur Erörterung. Der Zeuge Pfeifer, der damals im Wohlfahrtsamt angestellt war, erklärt, van der Lubbe, den er für einen heruntergekommenen Handwerksburschen hielt und dem er auch einen Mantel und eine Mütze gab, habe sich als Kommunist ausgegeben und die Anwesenden gefragt, ob sie nicht den Kampf gegen den Fascismus aufnehmen wollten.

Er habe Lubbe aber nicht geglaubt, daß er Kommunist sei, denn wenn er es wirklich gewesen wäre, so hätte er sich als solcher ausgewiesen. Auf eine Frage erklärt Zeuge, er hatte anfangs auch den Eindruck, daß Lubbe gut über die kommunistische Bewegung Bescheid gewußt habe, daß aber nachher schon durch sein Aeußeres dieser Eindruck verwischt worden sei.

Landgerichtsdirektor Parisius: Er war doch so dürftig angezogen, daß man ihm schon glauben konnte, daß er Kommunist sei.

Zeuge: Eine gebildete Ansicht verträgt sich niemals mit einem schmutzigen Kleid.

Der Zeuge Panknin sagt genau im Sinne der Anklage aus. Bei dem bewußten Gespräch hatte Bienge bestätigt, daß man vor allem die Siemens-Werke, das Schloß und den Reichstag anzünden müsse, worauf Lubbe „So musch' komme" gesagt habe. Dabei habe er sein kommunistisches Parteibuch herausgenommen und gezeigt.

Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge jedoch, daß er die Aufschrift des Buches nicht gelesen habe, aber es müsse (!) ein Parteibuch gewesen sein, weil es rot (!) war und weil er ja vorher gesagt hatte, daß er Mitglied der KPD sei.

Der Arbeiter Bienge habe, als van der Lubbe bestätigte, daß er „gerne mitmachen" würde, zu dem anwesenden Zachow gesagt: „Der Junge ist gut, den können wir gebrauchen", und habe Lubbe bei Seite genommen; schließlich sei auch Zachow ihnen nachgegangen. Zeuge habe ihnen noch gesagt: Euch juckt wohl das Fell?

Der Zeuge behauptet, daß er den durch ihn belasteten Arbeitern Bienge und Zachow nicht feindlich gesinnt sei. Auf Anfragen Torglers stellt sich heraus, daß der Zeuge damals der deutschnationalen Partei angehört habe. Lubbe soll damals auch ausdrücklich nach der „kommunistischen Zentrale" gefragt haben.

Der schon genannte Arbeiter Zachow wird nicht vereidigt. Er erklärt, nicht Kommunist gewesen zu sein. Eine Einladung zu einer kommunistischen Antikriegskonferenz habe er nicht befolgt, weil seine Frau ihm gesagt hat: „Du bleibst zu Hause und gehst mir nicht hin!" (Heiterkeit.) Als ihm der Vorsitzende Vorhaltungen macht, daß er sich durch Aenderung seiner Aussagen verdächtig gemacht habe, erklärt der Zeuge weinend:

„Herr hoher Rat! Ich bin nun schon genug gestraft, daß ich im Konzentrationslager bin!

Er bleibt bei seiner Behauptung, daß er nie etwas von Brandstiftungen gesagt habe. Der Vorsitzende fragt, ob Lubbe etwas von „Revolution" gesagt habe.

Zeuge: Herr hoher Rat! Davon hat er kein bißchen gesagt, sonst wäre ich sofort weggegangen! (Heiterkeit.) Vom Reichstag habe niemand gesprochen, auch nicht vom Inbrandstecken öffentlicher Gebäude im allgemeinen, ebenso nicht davon, daß man SA-Leute mit Benzin tränken und anzünden solle.

Vorsitzender: Können Sie das auf Ihren Eid nehmen?

Zeuge: „Ja. Den hätte ich auf den Mund gehauen, der so etwas gesagt hätte." Er sei niemals Mitglied der KPD gewesen, habe sie jedoch gewählt, weil „wir Arbeiter sind". Vorher sei er SPD-Wähler gewesen.

Die Verhandlung wird dann auf Freitag vertagt.

Heisig lügt!

Amsterdam, 28. September. (Inpreß): Die hiesige Zeitung „De Tribune" bringt folgende aufsehenerregende Meldung.

„Im Leipziger Reichstagsbrandprozeß hat der Kriminalkommissär Heisig erklärt:

Jakobus de Vink war nicht der Auffassung, daß van der Lubbe aus der Partei ausgeschieden sei, denn er habe sich weiter in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Kommunistischen Partei betätigt.

Weiter erklärt Heisig, daß Aufzeichnungen van der Lubbes — laut Mitteilung Vinks — am Tage vor dem 1. März von einem Vertreter der Kommunistischen Partei Hollands abgeholt worden seien.

Jakobus de Vink stellt fest:

Die Erklärungen des Kriminalkommissärs Heisig, die vorstehend wiedergegeben und im Bericht über die Sitzungen des Leipziger Prozesses aufgenommen wurden, sind absolut gelogen.

Der Unterzeichnete hat niemals etwas derartiges erklärt."

Amsterdam, 28. September. (Inpreß): In der hiesigen Zeitung „De Tribune" wird eine Erklärung des Holländers van Albada veröffentlicht, in der es heißt:

„Der Bericht des Polizeikommissärs Heisig lautet:

„Van Albada ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß van der Lubbe ein geeignetes Subjekt der Kommunistischen Partei zur Durchführung besonderer Aktionen war. Die Partei hat van der Lubbe immer hervorgehoben, um selbst im Hintergrund zu bleiben, und van der Lubbe war immer so anständig, die Schuld auf sich zu nehmen.

„Im Jahre 1931 wurde dem van der Lubbe geraten, aus der Kommunistischen Partei auszutreten. Es war Albada nicht bekannt, was schließlich geschehen sei, doch glaube er kaum, daß van der Lubbe dieser Einladung Folge geleistet habe. Van der Lubbe mußte sozusagen „kaltgestellt" werden. Aber die Gründe habe man nicht gewahr werden können."

Van Albada stellt u. a. dazu fest:

„Ich bestreite ausdrücklich, daß der Bericht des Heisig mit den Informationen, die ihm von mir gegeben worden sind, übereinstimmt."

Schutzhaft gegen Rassenvermischung

Berlin, 28. September. Wie aus Dortmund gemeldet wird, hat die dortige Staatspolizeistelle eine Bekanntmachung erlassen, in der es u. a. heißt: In letzter Zeit ist es in Lokalen wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen, weil Mädchen arischen Blutes sich von Juden hatten ausführen lassen oder mit Juden tanzten. Die übergroße Mehrzahl des Volkes hat „Gott sei Dank" die ungeheuere Gefahr erkannt, die in einer weiteren Vermischung deutschen Blutes mit jüdischen Elementen liegt. Auch liefen bei der Staatspolizeistelle Beschwerden aus Elternkreisen ein, die sich darüber beklagten, daß ihre Söhne oder Töchter Verkehr mit Jüdinnen oder Juden pflegten. Die Staatspolizeistelle ist nicht gewillt, diesen Zuständen tatenlos zuzusehen. Wer sich durch seine Handlungsweise an den Grundgesetzen vergeht, muß mit staatlichen Machtmitteln zu einem anderen Verhalten gezwungen werden. Die Staatspolizeistelle wird in Zukunft solch verantwortungslose Volksgenossen in Schutzhaft nehmen und ihnen die Schwere ihres Vergehens gegen deutsches Volkstum zum Bewußtsein bringen.

Die Sterbehilfe im Dritten Reich

Berlin, 28. September. Unter der Gesamtleitung des preußischen Justizministers Kerrl ist jetzt ein Vorschlag zur Neugestaltung des gesamten Strafrechtes im nationalsozialistischen Geiste gemacht worden. Die Vorschläge sind in einer Denkschrift „Nationalsozialistisches Strafrecht" zusammengefaßt.

Der erste Teil dient dem „Schutz der Volksgemeinschaft", was bezeichnend ist für die grundsätzlich neue Auffassung. Hier werden auch die vaterländischen „Weihegesänge" unter Strafschutz gestellt. Völlig neu ist z. B. der Schutz der Rasse. So enthält die Denkschrift den Vorschlag, in Zukunft die Schließung von Mischehen durch Reichsgesetz zu verhindern. Im einzelnen wird in Vorschlag gebracht, den Begriff des „Rasseverrates" als ein Delikt in das Strafrecht einzuführen. Neu eingeführt wird die Zulassung der sogenannten Sterbehilfe. Dem Arzte soll es ermöglicht werden, die Qualen unheilbar Kranker auf Verlangen zu beenden.

Wer nicht zahlen kann, fliegt

Berlin, 28. September. (Inpreß.) Wie der Reichsschatzminister der NSDAP mitteilt, wird die Bestimmung, wonach Mitglieder, die nachweisbar nicht in der Lage sind, ihren Mitgliedsbeitrag zu bezahlen, nicht aus der Partei ausgeschlossen werden dürfen, mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Das Programm der „Arbeiterpartei": Wer nicht zahlen kann, fliegt.

Bergarbeiterstreik in Pennsylvania

Pittsburg, 28. September. (Reuter.) Im Westen des Staates Pennsylvania streiken mehr als 70.000 Bergleute.

Der Sieg der Parteieinheit

Entspannung im französischen Parteikonflikt

Paris, 26. September.

Man kann heute annehmen, daß der französische Parteistreit seinen Höhepunkt bereits überschritten hat, daß seit etwa Mitte September eine Entspannung eingetreten ist. Die französische sozialistische Partei hat während des heftigen Streites der Meinungen und Richtungen, der zwischen Juli und September ausbrach, das innere Gleichgewicht nicht verloren. Als Anfang September nach Deklaration der Rechten in Angoulême der Parteikonflikt auf die Spitze getrieben wurde, hat sich der Druck der öffentlichen Meinung der Partei eingesetzt und die Gefahr der Spaltung gebannt. Die Stimmung des gesamten Parteikörpers äußerte sich einheitlich und spontan: unter keinen Umständen ein Spiel mit der Einheit der Partei! So hat der Parteistreit aufgehört, ein Richtungsstreit zu sein. Marquet, Déat und Renaudel, die die Kursänderung der Partei forderten und zunächst als Wortführer der gesamten Rechten der Partei auftraten, haben in dem Augenblick das politische Mandat auf die Vertretung der rechten Minderheit verloren, als ihre oppositionelle Kampagne die Einheit der Partei zu bedrohen begann. Der Streit um die Methode der Rechtsopposition führte zur Spaltung innerhalb der Rechten. Marquet, Déat und Renaudel vertraten nunmehr nur noch eine Gruppe der Rechten. Als die Einheit der Partei auf das Spiel gesetzt wurde, haben sie auch die Mehrheit der parlamentarischen Fraktion, die zunächst hinter ihnen stand, verloren. Im Frühjahr war noch eine starke Mehrheit der Fraktion auf ihrer Seite, etwa 80 von 130 Abgeordneten. Im Juli-August sank diese Zahl auf 60, und als im September bei der weiteren Verschärfung des Konfliktes die Rebellen von Angoulême ihre Gefolgschaft in der Fraktion mustern wollten, die unter allen Umständen ihnen treu bleiben wird, so haben sich diesmal nicht mehr als 25 Abgeordnete angemeldet.

Nachdem die frühere Gefolgschaft so rasch geschmolzen war, nachdem die ehemaligen Gesinnungsgenossen sich von der Gruppe Marquet-Renaudel ostentativ trennten, und der Widerstandswille der gesamten Partei gegen jeden Spaltungsversuch sichtbar wurde, bliebe dieser Gruppe kein anderer Weg, als der des Rückzugs übrig. In den letzten Wochen haben Marquet und seine Gruppe ihre grundsätzliche Opposition, ihr Verlangen nach einer neuen Doktrin nicht mehr so energisch verfochten. Der Ton hat sich wesentlich geändert. Vor allem aber: sie versuchten sich nunmehr auf eine Art zu verteidigen, die zu einer Entspannung des Parteikonflikts führen mußte. Sie wandten sich an die Internationale, mit einem an Vandervelde und Adler gerichteten Brief. In diesem Brief wiesen Marquet, Déat und Renaudel auf die Gefahren des französischen Parteikonflikts hin, protestierten gegen das vor dem Parteiausschuß (Conseil National) eingeleitete Verfahren und betonten ihre Treue gegenüber der Internationale: „Wir gehören innerlich zur Internationale und fühlen uns in Uebereinstimmung mit ihr." Nun, dieser Schritt war sicher nicht ganz konsequent, aber er hat doch erleichternd und entspannend gewirkt. Er war sicher nicht konsequent: denn die Vertreter der Rechtsoppositionellen haben ihren „nationalen" Standpunkt beharrlich betont und warfen der Partei ihren „übertriebenen Internationalismus" vor. Auf dem Pariser Parteitag kam von dieser Seite das gefährliche Wort, daß die Internationale nur „ein Rat der Gespenster" sei. Jetzt wenden sich die Vertreter dieses „nationalen Sozialismus" in der französischen Partei eben an diese Internationale. Wie dem auch sei, dieser Appell bedeutete, daß die Rechte bereit ist, die Internationale als die höchste Instanz in den Fragen der Politik und der inneren Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Parteien anzuerkennen. Die Anerkennung der Souveränität, der Schiedsrichterstellung der Internationale ist mit der Theorie eines „nationalen Sozialismus" kaum zu vereinbaren, aber es war allerdings eine heilsame Inkonsequenz. Marquet und Renaudel wenden sich an Vandervelde und Adler, die beide auf der Pariser Konferenz der Internationale die Theorien der französischen Rechten ausdrücklich ablehnten. Von dem Augenblick ab, wo die Rechte die Internationale als Schlichter anruft, ist in der französischen Partei nicht nur das Gespenst der Spaltung gebannt, sondern auch die Gefahr einer Absplitterung vorläufig beseitigt.

Der unbedingte und kompromißlose Wille der Massen zur Parteieinheit hat sich durchgesetzt. Die Auslöschung oder jedenfalls die Lokalisierung des Parteikonflikts ist für den französischen Sozialismus von grundsätzlicher historischer Bedeutung. Die jüngste Rebellion der Rechten ist aus der Parlamentsfraktion gekommen.

Die bürgerliche Rechte, die auf die Spaltung des französischen Sozialismus spekulierte, ist über diese Wandlung im Parteistreit sehr bestürzt. Herr De-Kerilis, die schärfste Feder des französischen Antimarxismus, schreibt melancholisch von Marquets und Renaudels Gang nach Kanossa. Und auch der Ministerpräsident Daladier, der Anfang September Sonderkonferenzen mit Marquet und Renaudel abhielt, sieht jetzt seine Hoffnungen dahinschwinden. Er hoffte im Falle der Spaltung achtzig sozialistische Abgeordnete für sich gewinnen zu können und jetzt sind es nur 25, die hinter Marquet und Renaudel stehen. Wenn Daladier sozialistische Unterstützung erhalten will, so wird er sich an die Gesamtpartei, so wird er sich an Léon Blum wenden müssen.

Die Hunnen provozieren!

Tschechoslowakische Aerzte sollen den Nachweis über ihre arische Großmutter erbringen. Bestellte Maßnahme?

An einige, im Reichenberger Gebiet praktizierende Aerzte, die auch für die Dresdener Bahnbetriebskrankenkasse tätig sind, da viele reichsdeutsche Eisenbahner, die bei der Bahn Zittau—Reichenberg beschäftigt sind, in der Tschechoslowakei wohnen, kam im Vormonat, wie der Reichenberger „Freigeist" mitteilt, folgende Zuschrift:

Dresden, 2. August 1933.

Herrn Dr. med. X. Y. in ..... ČSR.

Die Verhältnisse zwischen den Kassenärzten und den Krankenkassen sind im Deutschen Reiche durch reichsgesetzliche Maßnahmen grundsätzlich neu geregelt worden. Diese Neuregelung bedingt, daß wir auch mit unseren in der Tschechoslowakei wohnhaften Kassenärzten neue Verträge abschließen. Bevor wir mit Ihnen hierüber in Verhandlung treten, ersuchen wir Sie ergebenst, die beiliegende Erklärung unterschriftlich zu vollziehen und uns bis spätestens 29. August zurückzusenden. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, die Erklärung zu unterschreiben, so kündigen wir Ihnen hiemit den mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag über Ihre Bestellung als Kassenarzt dergestalt, daß das derzeitige Vertragsverhältnis mit dem 31. Dezember 1933 erlischt.

Vorstand der Reichsbahnbetriebskrankenkasse Dresden. Unterschrift unleserlich.

Die beigelegte Erklärung lautet:

Ich erkläre hiemit an Eidesstatt, daß ich deutsch-arischer Abstammung bin und daß auch meine Eltern und Großeltern deutsch-arisch waren, bzw. sind. Weiters versichere ich, daß ich streng nationaler Gesinnung bin und mich niemals an marxistischen Bestrebungen aktiv beteiligt habe.

Diese Anwendung eines der Schandgesetze Hitlerdeutschlands für tschechoslowakische Staatsbürger stellt die größte Gemeinheit dar, die sich eine Amtsstelle des Dritten Reiches bisher geleistet hat. Man darf daher von der zuständigen Behörde der Republik wohl erwarten, daß sie auf diese Zumutung in entsprechender Weise antworten wird, selbst dann, wenn sich herausstellen sollte, daß diese Aktion von Anhängern der Gleichschaltung des sudetendeutschen Gebietes verlangt worden ist.

Antifaschistische Massenkundgebungen in Schlesien

Die durch den gemeinen Mord an Professor Theodor Lessing deutlicher denn je sichtbar gewordene faschistische Gefahr hat auch unsere Partei in Schlesien veranlaßt, Protestversammlungen einzuberufen. In Würbenthal, Jägerndorf und Mähr.-Ostrau, wo sie vom 25. bis 27. ds. stattfanden, referierte Genosse Paul aus Prag, in Troppau wird am 29. ds. in einer Kundgebung Genosse Abg. Heger sprechen. Die Versammlungen wiesen einen Massenbesuch auf. In Würbenthal vermochte der Saal die über 600 erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen kaum zu fassen, in Jägerndorf war der geräumige Saal des Arbeiterheims samt Galerie mit mehr als 1100 Besuchern besetzt. In Mähr.-Ostrau herrschte im Saal des Polnischen Hauses, wo ein großer Teil der Versammlungsbesucher stehen mußte und viele überhaupt keinen Einlaß mehr fanden, ein beängstigendes Gedränge. Die Ausführungen des Genossen Paul, der in wirkungsvoller Weise die braune Pest geißelte, fanden stürmische Zustimmung und wurden oft durch Ausrufe leidenschaftlicher Empörung unterbrochen. Die in kleiner Zahl erschienenen Gegner waren recht kleinlaut und wagten nicht einmal gegen unsere Protestresolution zu stimmen. Nur in Mähr.-Ostrau fühlte sich ein Nazijüngling veranlaßt, „Heil Jung" zu rufen. Daß er von den empörten Arbeitern in gebührender Weise blitzschnell an die Luft gesetzt wurde, ist selbstverständlich.

Zum Fall „Bohemia"

berichtet die „Prager Presse": Die Polizei hat die mit den Hausdurchsuchungen in der Redaktion der „Bohemia" und in den Privatwohnungen einiger Redakteure und Funktionäre des Blattes verbundenen Arbeiten abgeschlossen und das Aktenmaterial, die Untersuchungsprotokolle und die Protokolle mit den verhörten Personen dem Untersuchungsrichter Dr. Faltys übergeben, der vor der Aufgabe steht, die Hintergründe des bekannten Briefes des Redakteurs Kander an den Verlagsdirektor Dr. Pohl festzustellen. Sofern die Polizei vom Untersuchungsrichter keine weiteren Weisungen erhält, ist die Voruntersuchung des ganzen Falles, dessen Abschluß die politische Oeffentlichkeit mit gespanntem Interesse entgegensieht abgeschlossen und die Staatsanwaltschaft wird darüber zu entscheiden haben, ob mit den in die Affäre verwickelten Personen weitere Verhöre stattfinden sollen oder das gegen sie schwebende Verfahren eingestellt wird. Dr. Faltys führte auch die Untersuchung gegen die vom Abgeordnetenhause im Frühjahr ausgelieferten vier Abgeordneten der deutschen nationalsozialistischen Partei, von welchen zwei in Untersuchungshaft gesetzt, später aber gegen Erlag einer Kaution auf freien Fuß gesetzt wurden.

Der Tod auf der Eisenbahn.

Ein Streckenwärter verhütet Eisenbahnunglück.

Aus Podersam wird uns geschrieben: In der Nacht auf gestern, kurz nach 8 Uhr, fuhr das Personenauto des Autowerkstättenbesitzers in Lubenz bei Luditz Reinhold Starck in die Eisenbahnschranken bei der Kreuzung der Straße von Podersam nach Rudig. Der durch den Chauffeur des Autos verschuldete Zwischenfall hatte dank der Geistesgegenwart des dort diensthabenden jungen Streckenwächters keine tragischen Folgen, denn es im letzten Augenblick gelang, den soeben heranfahrenden Personenzug aus Podersam zum Halten zu bringen. Der Zug blieb 30 Meter vor dem Automobil stehen, das die Schranken durchbrochen hatte und stark beschädigt war. Verletzt wurde niemand. Nach Beseitigung der Trümmer der Schranken und provisorischer Reparatur des Autos konnte sowohl dieses als auch der Zug die Fahrt fortsetzen.

*

Danzig, 28. September. Ein nach Gdingen bestimmter Güterzug geriet heute morgens gegen 4 Uhr auf der Strecke zwischen Danzig und Langfuhr auf ein falsches Geleise und fuhr auf einen Prellbock auf. Der erste Güterwagen schob sich auf die Maschine, vier andere entgleisten und stürzten um. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurde der Heizer getötet und drei Bedienstete schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt, doch liegt allem Anscheine nach falsche Weichenstellung vor.

Trotz Rooseveltplan immer noch elf Millionen Arbeitslose!

New York, 28. September. (Reuter.) Trotz dem Sinken der Arbeitslosenzahl im Monate August um 800.000, verbleiben zum 1. September in Amerika noch immer 11 Millionen Arbeitslose.

Der Kampf um die Ostchinabahn

Moskau, 28. September. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Charbin: Der Direktor der Ostchinabahn Rudy ernannte an Stelle der von den mandschurischen Behörden verhafteten Abteilungsleiter dieser Bahn provisorisch andere Sowjetbürger. Der Vizedirektor der ostchinesischen Eisenbahn Tschangmintsche forderte daraufhin kategorisch, auf die Posten der Verhafteten als ihre Stellvertreter ihre chinesischen Gehilfen zu ernennen. Rudy erwiderte, er verfahre gemäß den geltenden Bestimmungen. Tschangmintsche erklärte, daß hierauf weitere ernste Maßnahmen erfolgen würden, worauf Rudy erwiderte, diese Drohungen bestätigten lediglich die Pläne der mandschurischen Behörden, doch solange er Direktor der Ostchina-Bahn sei, werde er gemäß den geltenden Bestimmungen verfahren.

Der Generalkonsul der Sowjetunion in Charbin Slawutski verlangte die sofortige Befreiung der Verhafteten und stellte fest, die Handlungsweise des mandschurischen Teiles der Bahndirektion bestätige, daß die Verhaftungen lediglich dem Zwecke dienten, die sowjetrussischen Abteilungsleiter zu beseitigen und sie durch Mandschuren zu ersetzen, was den Versuch der Besitzergreifung der Bahn bedeute.

Mord auf Mord ...

Und wieder: „Auf der Flucht —"

Aus Essen wird von einer neuen Bluttat der braunen Mörder berichtet. Der Arbeiter Bergmann ist „auf der Flucht" erschossen worden. Bergmann war verhaftet und, so berichten die amtlichen Lügner, bei dem Versuch zu fliehen, kurz vor der Einlieferung in die SA-Kaserne niedergeknallt worden.

In Wahrheit wurde Bergmann, wie ja so viele andere, kaltblütig und nach vorbedachtem Plan umgebracht. Bergmann, der sich durch seine aufrechte oppositionelle Haltung bei den braunen Bluthunden unbeliebt gemacht hatte, sollte eigentlich nur eine „kalte Abreibung" in den Folterkammern der SA empfangen. Da diese Mißhandlungen jedoch stets ruchbar werden, beschlossen die Unmenschen, ganze Arbeit zu machen und den verhaßten Gegner „auf der Flucht" zu erledigen. In einer dunklen Seitenstraße wurde der Meuchelmord ausgeführt. Das blutige Verbrechen hat im ganzen Bezirk größte Empörung unter den Massen ausgelöst. Kein Mensch glaubt den amtlichen Lügenbulletins.

Ausländer, Fremde sinds zumeist ... Das österreichische Unterrichtsministerium hat an die Rektorate aller österreichischen Hochschulen eine Anordnung ergehen lassen, wonach die Namen aller ausländischen Studenten, die sich immatrikulieren lassen wollen, der Polizeibehörde bekanntzugeben sind. Die Polizei soll dann ermitteln, ob sich unter diesen Studierenden keine staatsfeindlichen Elemente befinden. Dieser Erlaß wird damit begründet, daß die Anführer bei den Hochschulkrawallen im vorigen Semester ausländische Studenten gewesen sein sollen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag.

Prag: 11.00 Schallplatten. 13.45 Schallplatten. 14.30 Konzert. 18.30 Deutsche Sendung: Dr. Krettner: Rom, europäische Hauptstädte. — **Brünn:** 12.35 Mittagskonzert. 17.45 Schallplatten. 18.25 Deutsche Sendung: Volkslied in Südmähren. — **Wien:** 15.40 Zitherkonzert. 19.35 Vertraute Opernmelodien. 21.50 Abendkonzert. — **Heilsberg:** 16.00 Unterhaltungskonzert. — **Breslau:** 20.10 Freut euch des Lebens. — **Mühlacker:** 14.50 Balalaika-Konzert.

Tagesneuigkeiten

Großfeuer in Nixdorf.

Am Donnerstag, gegen halb 3 Uhr früh, kam aus bisher unbekannter Ursache im Lagerschuppen des Holzhändlers Friedrich im Niederdorfe ein Feuer zum Ausbruche, das in den lagernden großen Holzvorräten reichliche Nahrung fand und das Objekt in kurzer Zeit einäscherte. Durch den starken Funkenflug wurde auch das zirka 150 Meter von der Brandstelle entfernt liegende Anwesen des Landwirtes Renisch in Brand gesetzt und vernichtet. Vorerst stand die mit Stroh gedeckte Scheuer in Flammen, die dann auch das Wohnhaus und ein daneben liegendes kleines Häuschen in Asche legten.

Kesselexplosion in einer Zuckerfabrik.

Sofia, 28. September. In der dem Konzern der Anglo-tschechoslowakischen und Prager Kreditbank gehörenden tschechoslowakischen Zuckerfabrik in Gorna Okechovice erfolgte in der vergangenen Nacht eine Kesselexplosion. Die Explosion wurde durch eine falsche Manipulation des Heizers verursacht, der auf der Stelle getötet wurde. Weitere zwei Angestellte wurden in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Alle drei sind Bulgaren. Der Materialschaden ist nicht groß.

Der Erfolg des Braunbuchs.

Basel, 27. September. (Inpreß.) Wie wir erfahren, erscheint jetzt in Prag die vierte deutsche Ausgabe des „Braunbuchs" (35—40.000). In London erscheint die dritte Auflage (25.000). Die holländische Ausgabe kommt am 7. Oktober heraus, doch liegen heute schon 25.000 Vorbestellungen vor, darunter 2000 aus den holländischen Kolonien. Weiter erschienen ist eine tschechische und eine französische Ausgabe; die polnische, dänische, schwedische, spanische, finnische und außerdem eine jiddische Ausgabe befinden sich in Vorbereitung. Für Amerika ist eine besondere Ausgabe in einem der größten amerikanischen Verlage vorgesehen. Eine besondere Rolle spielt das Braunbuch im Leipziger Reichstagsbrandprozeß. „Paris Midi" schreibt dazu: „Wir müssen entschieden feststellen, daß der Prozeß um das Braunbuch, pardon, der Prozeß über den Reichstagsbrand, als vollkommene Niete zu enden droht."

Neue Erdstöße in Italien.

Rom, 28. September. Heute nachts wiederholten sich um 2 Uhr in der gesamten Provinz Abruzzen die Erdstöße, doch waren sie von geringerer Heftigkeit. Das Erdbeben dauerte zehn Sekunden. In der Stadt Chieti und in ihrer Umgebung sind mehrere Häuser, die bereits durch die früheren Erdbeben beschädigt worden waren, zusammengestürzt. Todesopfer sind nicht zu beklagen. Den Personen, die hierdurch obdachlos wurden, sind sofort mehrere hundert neue Zelte zugesandt worden.

Hingerichtet.

Braunschweig, 28. September. Heute um 7 Uhr 30 früh wurde im Hof des Kreisgefängnisses der 19 Jahre alte Walter Schafranzki aus Groß-Rhüden hingerichtet. Schafranzki hatte im Mai d. J. den 27 Jahre alten Kraftwagenführer Bosse auf der Landstraße ermordet und beraubt.

Der Wirtshausentzug. Der Landrat des Kreises Duisburg hat einen ganz witzigen Einfall gehabt! Um der zunehmenden „defaitistischen" Stimmung der Bevölkerung entgegenzutreten, hat er angeordnet, daß staatsfeindliche Miesmacher, die die Unverschämtheit besitzen, die braune Schandwirtschaft nicht mit Herz und Hand zu akzeptieren, nach einem kurzen „aufklärenden" Aufenthalt im Konzentrationslager mit der furchtbaren Strafe der — Wirtshausentziehung vernichtet werden sollen. Diesen Individuen, denen die notwendige gleichgeschaltete Begeisterung fehlt, droht ein Wirtshausverbot von mindestens einem Jahr. Die braunen Bonzen, von denen die meisten notorische Säufer sind, scheinen eine derartige Strafe als eine besonders teuflische Sühne anzusehen, gegen die selbst die Schrecken ihrer Konzentrationslagerhöllen zu einem

Kommunistenführer Torgler wird im Reichstagsbrand-Prozeß vernommen.

Nichts verblassen. Halten sie vielleicht die deutsche Schande für so niederdrückend, daß sie von Leuten, die Charakter und Gefühl für Sauberkeit besitzen, nur noch im Suff zu ertragen ist? Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, wäre allerdings der Wirtshausentzug eine Strafe von selbst für nationalsozialistische Perspektiven ungewöhnlicher Grausamkeit!

Die tschechischen Nationalsozialisten gründen einen Hörerverband. Am Freitag fand in Prag die konstituierende Versammlung der tschechischen Amateurgemeinde statt. Als Vorsitzender wurde Abgeordneter Hatina gewählt. Sein Stellvertreter ist Dr. E. Syrovy und Schriftführer Red. J. Danda („Ceske Slovo").

Wahrscheinliches Wetter heute: Andauern des im ganzen günstigen und bei Tage ziemlich warmen Wetters. Im Westteil der Republik zeitweise mäßig bewölkt und in den Morgenstunden stellenweise Talnebel. Wetteraussichten für Samstag: Ohne wesentliche Aenderung.

Rassenkunde — Pflichtgegenstand. Der Nazi-Kultusminister Rust kündigte in einer ausführlichen Rede über die Arbeiten des preußischen Kultusministeriums seit der nationalen Erhebung u. a. an, daß in Zukunft Rassenkunde und Vererbungslehre zum Prüfungsfach an gewissen Mittelschulen gemacht und das neunte Schuljahr, besser gesagt „Landjahr", eingeführt werden sollen.

Ich rette Graz für Oesterreich.

Von Fred Ferr.

Vor dem Telegrammschalter eines großen Postamtes in Norddeutschland.

Ich habe sehr wenig Zeit und warte ungeduldig, bis die Reihe an mir ist. Endlich ist es so weit. Ich reiche mein Telegramm, das an einen Freund in Graz gerichtet ist, dem Beamten. Der macht geruhsam seine Zählstriche unter die einzelnen Textworte und rechnet. Er ist ein Mann von etwa vierzig Jahren; sieht aus wie tausende norddeutscher Postbeamte wahrscheinlich auch aussehen. Das Gesicht verrät weder überragende Intelligenz noch das Gegenteil. Der Mann ist sicher ebenso wenig ein Grübler wie ein stumpfsinnig Dahinlebender. Mit seiner schon ziemlich großen Glatze, den wohlgerundeten, gut gefärbten Wangen und dem etwas zu vollen Schnurrbart stellt er einen guten Typ des deutschen kleinen Beamten dar.

Ich halte in der Hand Geld bereit. Schon will ich den Betrag, den mir der Beamte nennt, hinlegen. Da stutze ich. Ganz unmöglich! Das Telegramm konnte so viel nicht kosten! Ich sage es ihm.

Aber mein Herr, bekomme ich zur Antwort, der Betrag stimmt auf den Pfennig! Sie vergessen: Jugoslawischer Tarif!

Wie, rufe ich ganz empört, jugoslawischer Tarif? Graz gehört doch zu Oesterreich!

Ja, erklärt mir der Beamte freundlich, das war einmal; bis zum Friedensvertrag. Heute aber ist Graz jugoslawisch.

Ich versuche es nochmals: Ich bitte Sie um alles in der Welt, Graz ist doch die Hauptstadt des österreichischen Bundeslandes Steiermark. Wie kann die Stadt zu Jugoslawien gehören! Der Friedensvertrag hat Graz ganz unberührt gelassen!

Nun wird er auch ärgerlich: Ich muß als Postbeamter doch wissen, zu welchem Lande Graz gehört! Entweder bezahlen Sie jetzt die Telegrammgebühr oder Sie nehmen Ihr Telegramm zurück ...

Ich wußte nicht, sollte ich lachen oder den Mann vor mir begraben. Jedenfalls hatte ich gar keine Zeit dazu, die Diskussion noch lange fortzusetzen. Wissen Sie, sagte ich darum zu dem beamteten Geographen und Historiker, jetzt ist mir die Sache zu bunt. Ich gebe Ihnen zwei Minuten Zeit, Graz, das Sie für Jugoslawien annektiert haben, feierlich an Oesterreich zurückzugeben. Lassen Sie die Frist ablaufen, ohne meine Forderung zu erfüllen, so werde ich mich sofort an Ihren Vorsteher wenden, damit er Oesterreich zu seinem Rechte verhelfe. Ich zog meine Uhr heraus.

Der Beamte blätterte in seinen Behelfsbüchern und brummelte dann: No ja, Graz gehört doch zu Oesterreich.

So rettete ich Graz für Oesterreich.

Van der Lubbe?

Nein, aber ein Herr, über den Aufschluß gibt das

Arbeiterjahrbuch 1934

Die soziologische Funktion der Hitlerdiktatur

und Otto Strassers Theorie einer permanenten nationalsozialistischen Revolution

Otto Strassers kleine Broschüre „Die zweite Revolution marschiert" enthält, wie schon in dem ersten Artikel, der sich mit ihr auseinandersetzte, bemerkt wird, soviel Diskussionsstoff, daß dieser notwendig gegliedert werden muß, will man zu einer Klärung der aufgeworfenen Fragen und damit zu einer gerechten, aber auch illusionslosen Beurteilung der Schwarzen Front und der Chancen der Zweiten Revolution in Deutschland gelangen. Kürzlich wurde der Nachweis versucht, daß Strassers These vom Hitler-Regime als der „Gironde" der deutschen Revolution ein schlecht gewählter und zu Trugschlüssen verführender historischer Vergleich ist. Da die deutsche Geschichtsepoche, die mit Hitlers Machtantritt beginnt, nicht der französischen von 1789 bis 1815 gleichzusetzen, sondern die bürgerliche Revolution in Deutschland ein Prozeß ist, der sich über ein Jahrhundert erstreckt und im Nationalsozialismus seine Endphase erlebt, kann man das Hitlerregime so wenig mit der Gironde wie die Schwarze Front mit den Jakobinern vergleichen. Wir behaupteten vielmehr: wenn hier ein Vergleich möglich ist, dann ist der Nationalsozialismus die jakobinische Endphase der bürgerlichen Revolution in Deutschland, auf die nur die mehr minder offene Reaktion in Gestalt einer bonapartistischen Monarchie oder einer Militärdiktatur, oder aber eine ganz neue Revolution folgen kann. Für Deutschland ist, weil die proletarische Revolution seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung seiner Geschichte steht, dies die Entwicklung, für welche die größere Wahrscheinlichkeit spricht.

Die proletarische Revolution kann aber nicht einfach die Fortsetzung des Dritten Reichs, nicht die Verwirklichung des „Nationalsozialismus" sein, sondern sie wird mit ihm den Kampf auf Tod und Leben austragen müssen. Obwohl Otto Strasser dort, wo er von dem Uebergang der Hitlerdiktatur in die wahrhaft revolutionäre und national-sozialistische Phase der Bewegung spricht, nicht ganz klar wird, muß man annehmen, daß er sich den Uebergang so vorstellt, daß vielleicht Hitler selbst, jedenfalls aber eine Reihe bedeutender Repräsentanten, sich den geänderten Verhältnissen anpassen und den Uebergang zur Revolution in eigener Person vollziehen werden. Otto Strasser nennt Hitler den „Kork der Revolution" (der immer oben schwimmt und den Barometerstand der Massenstimmung anzeigt), er zitiert Göbbels als den „Fouché" der deutschen Revolution, der sämtliche Entwicklungsstadien mitmachen wird. Das alles wäre denkbar, wenn es sich hierum einen permanenten revolutionären Prozeß handeln würde. Es ist unvorstellbar für jeden, der den Sprung von der Hitlerschen Scheinrevolution zur zweiten, proletarisch-sozialistischen Revolution als den Sprung über einen historischen Abgrund zwischen zwei Epochen begreift.

Zwei Momente erschweren allerdings das Verständnis der Erscheinungen: die bürgerliche Revolution in Deutschland ist viel mehr als es die französische war, überschnitten von der proletarischen, so also, daß schon seit 1848 gewisse Phasen der bürgerlichen Revolution von proletarischen Schichten getragen und mit proletarisch-sozialistischen Ideologien getränkt sind. Dies gilt auch für den Nationalsozialismus. Darum kann er nur zu leicht als die erste Phase einer proletarischen Revolution mißverstanden werden. Und zweitens ist im Ablauf der bürgerlichen Revolution Deutschlands die jakobinische Hitlerdiktatur selbstverständlich gegenüber der girondistischen Republik ein geschichtlicher Fortschritt, also der höhere Grad der Revolution. Nur der proletarische Betrachter kann die Hitlerdiktatur als wirklich „reaktionär" empfinden, nur vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus ist sie wirkliche Reaktion. Insofern die Weimarer Republik die größere Möglichkeit der proletarischen Emanzipation bot, ist das Dritte Reich natürlich auch gegenüber Weimar reaktionär. Sofern jedoch die Weimarer Republik bloß bürgerlich-liberaler Staat war, bedeutet die gegenwärtige Phase eben einen Schritt in der Richtung der bürgerlichen Revolution, den letzten, den sie gehen kann, ehe sie sich überschlagen muß.

Die Funktion der Hitlerdiktatur ist die Sicherung der brüchigen kapitalistischen Ordnung mit neuen, im Sinne der bürgerlichen Revolution „revolutionären" Mitteln. Der Nationalsozialismus ist eine plebejische, gewaltige Massenkräfte entfesselnde Bewegung zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Daß er nicht schlechthin Reaktion ist, muß selbstverständlich immer wieder betont werden. Es ist aufs stärkste in der Broschüre des Genossen Irlen „Marx gegen Hitler" hervorgehoben. Aber die Zielsetzung des Nationalsozialismus war doch von allem Anfang und für den Marxisten niemals verkennbar kapitalistisch, also in unserem Sinne reaktionär.

Die „Schwarze Front", die eine Zeit lang mit Hitler marschiert ist und an ihn geglaubt hat, mag dieses Charakteristikum des Nationalsozialismus verkennen, wir haben nicht nötig zu korrigieren, was wir vor Jahren schon erkannt hatten, daß auch der radikalste „Sozialismus", den Hitler verhieß, noch getarnter Kapitalismus und im besten Fall kleinbürgerlicher Scheinsozialismus war. Natürlich sind die proletarischen und ein Teil der kleinbürgerlichen Elemente im Nationalsozialismus von dem Ergebnis enttäuscht. Aber die Brechung der Zinsknechtschaft und die Sperrung der Warenhäuser, die ihnen Hitler und Feder schuldig geblieben sind, wären noch lange kein Sozialismus, auch wenn sie nicht einfach ein demagogischer Köder, sondern ein ernstes Projekt gewesen wären! Die jakobinische Republik muß die Versprechungen der bürgerlichen Revolution derart radikal übersteigern, daß die Nichterfüllung notwendig eine Masse Enttäuschter schafft. So auch haben Robespierre und St. Just die Massen der halbproletarischen Pariser Kleinbürger und die Bauern enttäuscht und auf die Dauer ihren Hunger nicht mit dem Blut der Guillotinierten stillen können. Aus der Enttäuschung der französischen Bauern und Kleinbürger über das Versagen der Jakobiner wurde das Kaisertum Napoleons geboren. Aus der Enttäuschung der geprellten Nationalsozialisten könnte nichts anderes georen werden: Militärdiktatur oder Monarchie. **Aber wenn die deutsche Arbeiterklasse die Fahne der proletarischen Revolution gegen Hitler erhebt, dann wird sich die Masse der Enttäuschten ihr anschließen, dann wird aus dem Versagen des Dritten Reichs die sozialistische Republik geboren werden.**

Am deutlichsten wird die Schwäche der Otto Strasserschen Thesen wo er ein ganz konkretes Ereignis, den Sturz Hugenbergs, zu werten versucht. Er sieht in ihr zwar keinen gewollten Systemwechsel, aber die Ersetzung eines soliden und starken Schutzdammes des Kapitalismus durch einen unsoliden und schwachen Schutzdamm des Kapitalismus, der dem Drängen der sozialistischen Flut viel weniger Widerstand leisten kann und leisten wird, als der alte!

Strasser spricht den Feder, Schmitt und Darré den Willen zu, das Erbe Hugenbergs zu verwalten, aber — meint er — „ihnen mangelt die Fähigkeit, es zu tun". Ihre bloße Ernennung ändere den kapitalistischen Kurs, den sie selbst nicht ändern wollen. Noch sind die Motive, die zum Sturz Hugenbergs führten, nicht restlos aufgeklärt. Sicher bestanden sie zum Teil in dem demagogischen Bestreben Hitlers, den Wölfen der zweiten Revolution, von denen er sich gehetzt fühlt, einen Bissen hinzuwerfen. Aber wahrscheinlich war das stärkere Motiv einfach die Tendenz der Diktatur, sich gegen die Eventualität eines Staatsstreichs der Harzburger Bundesgenossen zu sichern. Unter Ehrenmännern, die mit fingierten Attentaten, Provokationen, erfundenen Fliegerangriffen, Brandstiftung und Fememorden arbeiten, muß die Anwesenheit von Outsidern beängstigend genug wirken.

Ganz sicher aber hat Otto Strasser Unrecht, wenn er Hugenberg als den solideren, Schmitt als den weniger verläßlichen Schutzdamm des Kapitalismus ansieht. So wahr Marat oder Robespierre gegen Babeuf ein besserer Schutz waren als Vergniaud oder Mirabeau, so wahr Cromwell die Levellers eher schlagen konnte als Essex und Hampden, so wahr ist Gottfried Feder für den deutschen Kapitalismus eine bessere Garantie als Hugenberg. Das wird klar, wenn man nicht wie Otto Strasser übersieht, daß doch im selben Moment, da Hugenberg ging, Thyssen zum Wirtschaftsdiktator berufen und in den Wirtschaftsrat durchgängig geeichte Kapitalisten ernannt wurden!

Der Hitlerdiktatur wohnt nicht die Tendenz zum Sozialismus, sondern die zur Verstärkung des kapitalistischen Drucks inne. Sie wird sich nicht organisch zu einer sozialistischen Revolution weiterentwickeln, sondern zum Feudalkapitalismus. Sie wird nicht ihre kapitalistischen, sondern ihre scheinsozialistischen Ideologien abstreifen, nicht ihr kapitalistisches, sondern ihr kleinbürgerlichen Programm verraten. Sie wird dadurch die Voraussetzungen einer proletarischen Revolution schaffen, in die die Flügelgruppe der Schwarzen Front eine große Rolle spielen wird. Aber nie und nimmer wird die Zweite Revolution als einfaches Entwicklungsstadium einer gewissermaßen permanenten nationalsozialistischen Revolution kommen. Die deutschen Besitzklassen wußten, was sie taten, als sie Hitler die Staatsmacht auslieferten. Nicht sie, sondern die plebejische Gefolgschaft sind die Geprellten. In der Richtung, die ihr Thyssen, Hugenberg und der Herrenklub gegeben haben, wird die nationalsozialistische „Revolution" zu Ende laufen. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus wird diese Richtung nie anders als reaktionär erscheinen. Nicht, indem wir in den Zug einsteigen, der dem Abgrund zurast, werden wir zum sozialistischen Deutschland kommen, sondern indem wir den Strom der Revolution entfesseln, der uns tragen wird.

E. F.

Vier Wochen Gefängnis.

Hier der Bericht einer jungen Verkäuferin, den wir aus Deutschland erhalten haben. Wir bringen ihn nicht nur, weil er ein originales Dokument ist, sondern auch in der Formulierung die Präzision einer sozialen Kurzgeschichte erreicht.

Das kleine Lebensmittelgeschäft war mir der Spiegel der Volksmeinung. Die Frauen der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten waren unsere Kunden.

Solange in Deutschland jeder sagen durfte, was er dachte, konnte ich wie an einem Thermometer ablesen, mit welcher Geschwindigkeit die politischen Leidenschaften fielen oder stiegen.

„Es muß anders werden..." klagten die Frauen der Beamten, — und Hermann Müller wurde gestürzt.

„Es muß anders werden..." stöhnten die Frauen der Angestellten, und Brüning fiel.

„So geht es nicht mehr weiter..." jammerten alle, — und Papen und Schleicher gingen und Hitler kam.

Aber der Feber, der März, April und Mai waren verstrichen, ohne daß es besser geworden war. Die Löhne und Gehälter sanken, die Preise stiegen, die Arbeitslosigkeit blieb.

Um den Bauern zu helfen, führte Hitler den Fettplan durch. Die Preise für Butter und Margarine schnellten in die Höhe, und mit ihnen meine Kunden.

„Frollein, sind Sie verrückt oder sind wir es? Die billigste Margarine kostet statt 43 Pfennige 84? Das ist ja mehr als Wucher! Anzeigen muß man das!... bestrafen... henken...!"

Es war toll!

„Aber meine Damen! Denken Sie doch bitte daran: es ist das der Wille des Führers!" beschwichtigte ich.

Die Not traf mich kleine und schlecht bezahlte Verkäuferin nicht minder schwer. Aber hatte ich vor den Wahlen nicht deutlich genug gewarnt? Damals sagten mir meine Kunden mitleidig: „Frollein, Sie sind eine Rote!" Und jetzt war ich die Zähmende!

Aber haben Sie schon einmal versucht, den Frauen unserer Kleinbürger mit Vernunftsgründen beizukommen? Nein! Na, dann schweigen Sie!

Wenn in Deutschland eine Frau auf eine Preiserhöhung mit einem Seufzer antwortet, ist es eine Arbeiterfrau; erhält die Verkäuferin einen Blick, der wie ein Dolch trifft und dazu ein bösartiges Knurren, ist es die Frau eines Angestellten; gibt es jedoch eine Schimpferei mit anzüglichen Beleidigungen, dann ist es bestimmt eine Beamtensgattin.

Also tröstete ich hier, redete ich da und verteidigte ich mich dort.

Es war nicht immer leicht; denn die Preise kletterten weiter. Immerhin: bis zu jenem verhängnisvollen Abend behielt ich meine Geduld. Doch da kam die Frau Rechnungsrat, die mit dem talergroßen Hakenkreuz, — wie ein Meer wogender Empörung, wie ein feuerspeiender Krater!

„Was ist das? 92 Pfennige für das Pfund Margarine? Höre ich recht von meinem Mädchen? Sie unverschämte Person Sie!... Sie jüdische Bettel!... Sie... Sie!"

Da schnappte sie über und ich konnte schnell sagen: „Aber hören Sie mal! Nicht ich, sondern Sie wollten es doch so haben! Haben Sie den Hitler gewählt oder ich? Haben Sie die Nazis unterstützt oder ich? Bedanken Sie sich bei Hitler, aber schimpfen Sie jetzt nicht auf mich!... Haben Sie nicht geholfen...?"

Weiter kam ich nicht mehr. Der Krater explodierte! — „Sie rote S..! Das sollen Sie büßen...! Meinen Führer beleidigen Sie?"

Na, was soll ich noch erzählen. Nicht einmal eine volle Stunde später war ich verhaftet, acht Tage später stand ich vor dem Schnellrichter.

Die kleine Zeitungsnotiz, die es berichtete, ist wohl bekannt?

„Wegen abfälliger Bemerkungen über den Kanzler Hitler ist die Verkäuferin Erna ..... zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Strafmildernd erachtete das Gericht die Jugend und die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten."

Erna W....

Zwickel-Finale.

Dr. Bracht, der Vater des Zwickels, ist gestorben.

Ein diskretes leises Lächeln
Hat uns alle jetzt am Wickel,
Schluß ists mit dem vielen Hecheln,
Ueber den berühmten Zwickel!

Wie war Deutschland so gemütlich,
Als der Zwickel es noch zwackte,
Als man dort noch schiedlich-friedlich
Urgroßvaters Rüsse knackte!

Wieviel Verse, schnell genickelt,
Konnte man dem Zwickel widmen,
Mancher hat sich satt gezwickelt
An bezahlten Zwickel-Rhythmen —.

Nun, da die Sadisten toben,
Und die braunen Hunnen reiten,
Möchte man den Bracht fast loben —
Ja, das waren Zwickel-Zeiten!

Oen.

Was braucht die Haut?

Sie muß atmen können. — Kranke Haut — kranker Mensch. — Ein dankbares Organ.

Der Mensch kann nicht aus seiner Haut heraus, sagt der Volksmund. Es liegt eine tiefe Wahrheit in diesem Ausspruch, denn der Mensch ist von seiner Haut und ihrer Beschaffenheit vollkommen abhängig. Wir wissen, daß bei Verbrennung eines Drittels der Haut der Mensch unrettbar sterben muß, während man ihm eine Niere oder die halbe Lunge wegoperieren kann und er trotzdem ein hohes Alter erreicht. Auch wenn nur die Atmung der Haut unterbunden wird, tritt der Tod ein, wie es der Fall war, als bei einer Revue ein junges Mädchen, das als Bronzestatue auftreten sollte, ganz mit Bronze bestrichen wurde. Sie starb einen qualvollen Erstickungstod, ehe man ihr Hilfe bringen konnte. Durch diese Fälle wird auch die Allgemeinheit auf die einschneidende Bedeutung der Haut für Gesundheit und Leben des Menschen aufmerksam.

Die Haut hat ja eine Unmenge von Funktionen zu erfüllen. Sie bildet zunächst den Abschluß des gesamten Körpers gegen die Außenwelt und schützt die unter ihr gelegenen Organe und Gewebe gegen schädigende Einflüsse. Ferner befindet sich in der Haut ein sehr feinverzweigtes Nervennetz, das alle Vorgänge in und auf der Haut mit Blitzesschnelle dem Großhirn mitteilt, so daß von dort aus Maßnahmen getroffen werden können. Man kann das alles selber beobachten: bei Kälte ziehen sich die Poren zum Schutz zusammen, bei Hitze öffnen sie sich weit, um eine größere Verdunstung und Wärmeabgabe zu ermöglichen.

Durch die Haut wird auch die Blutverteilung zum Teil geregelt und dadurch das Herz entlastet.

Vor allem aber ist die Haut auch als Atmungsorgan anzusehen; sie nimmt gleich den Lungen Sauerstoff auf und scheidet Kohlensäure aus, aber nicht nur Kohlensäure, sondern auch alle möglichen Stoffwechselschlacken, Salze und Gase, die, wenn sie in einem Uebermaß vorhanden sind, im Körper wie Gifte wirken würden.

Der Haut sollte also jeder Mensch eigentlich sein Hauptaugenmerk zuwenden, denn eine kranke Haut ist entweder schon das Zeichen eines kranken Organismus oder sie wird ihn ganz sicher nach einiger Zeit krank machen.

Was aber braucht die Haut zu ihrem Wohlbefinden? Licht, Luft und Sauberkeit. Das sind sehr einfache Dinge, die jeder ermöglichen kann. Die rein, sonnenlichtgesättigte, sauerstoffreiche Luft ist die beste Nahrung für die Haut, deshalb sind Sonnenbäder so vorteilhaft und sollten von niemandem vernachlässigt werden. Denn der immer bekleidete Körper vermag die Unreinheiten nicht richtig abzustoßen, die Poren verstopfen sich, damit wird die Atmung geschädigt, und es treten allerlei Beschwerden auf. Wenigstens jede Woche einmal sollte warm gebadet werden, damit die Poren sich gründlich reinigen. Wenn man dem Wasser Fichtennadelextrakt oder ein Badesalz zusetzt, hilft man die wohltuende Wirkung steigern. Das gründliche Frottieren des Körpers ist ebenfalls ein wichtiges Hilfsmittel zur Hautpflege. Wer sehr empfindlich ist und keine täglichen Vollwaschungen vornehmen kann, sollte diese durch Abreibungen des ganzen Körpers mit einem Frottiertuch ersetzen. Man erzielt dadurch eine kräftige und gleichmäßige Durchblutung der Haut, deren Funktionen auf diese Weise erleichtert werden. Auch wird die Blutverteilung im ganzen Körper geregelt und gefördert. Dreimal in der Woche sollte man den Körper mit einem guten Hautöl (Pflanzenöl) kräftig massieren und die einzelnen Muskelpartien richtig durchkneten. Das überflüssige Oel ist dann mit einem Holzschaber zu entfernen. Auf diese Weise werden die Poren gesäubert. Sehr bald wird man den wohltätigen Einfluß einer solchen gründlichen Hautpflege verspüren und wird es nicht bereuen, etwas Zeit hierauf verwendet zu haben. Unsere Widerstandskraft gegen alle äußeren Einflüsse wird steigen, vor allem aber werden auch Stimmung und Unternehmungslust sich heben. Die Haut ist eins der dankbarsten Organe, die wir haben: sie vergilt uns reichlich, was wir ihr antun.

Dr. W. G.

Strafvollzug in China.

In keinem Lande der Welt gibt es wohl mehr Kriege, Aufruhr und Aufstände, als in dem großen China. Die inneren Kämpfe im Reiche der Mitte, infolge der politischen Gegensätze, so weit man bei den Chinesen hiervon überhaupt reden kann, haben eigentlich noch nie aufgehört. Unzufriedenheit mit den allgemeinen Zuständen, Notstände, Stammesfehden, Bildung von Räuberbanden auf der einen Seite, Uebergriffe, Schwäche der Beamten, Unzulänglichkeit der Heeresmacht, große Ausdehnung des Reichsgebietes, unruhige Grenznachbarn, halb oder ganz unabhängige Eingeborene auf der anderen Seite, geben unaufhörlich Anlaß zu Unruhen. Bald rebelliert die eine Regierung, bald die andere, bald erhebt sich diese Provinz, bald jene. Ein Gouverneur befehdet den anderen und ein General zieht mit seinen Truppen gegen den anderen zu Felde. Plünderung, Brandschatzung sind an der Tagesordnung. Die Unsicherheit im Lande wächst von Tag zu Tag.

Gelegentliche militärische Hilfe gegen das Bandenunwesen und eine summarische Aburteilung der Verbrecher durch Erschießen nach den Kriegsrechten, vermag nur vorübergehend abschreckend zu wirken. Auch die Zivilbehörden mit ihrem grausamen Strafvollzug stehen diesem Unwesen machtlos gegenüber. Der beinahe schrankenlose Fatalismus des Chinesen, die Gleichgültigkeit gegenüber schweren Strafen, dem Tode und allem, was hiermit zusammenhängt, läßt eine Hemmung, ein Gefühl der Furcht vor den Gerichten, bei diesen Verbrechern kaum aufkommen.

Um sich ein Bild von den grausamen Strafen und dren Vollzug in China machen zu können, muß man zunächst wissen, daß es dort Gefängnis- oder Zuchthausstrafen nach unseren Begriffen nicht gibt. Die unvollkommene Einrichtung der Gerichtshöfe läßt, außer für kurze Haft in ihnen oder auf den Polizeistationen, derartige Strafen nicht zu, da es besonders größere Gebäude zum Zwecke der Verbüßung von Freiheitsstrafen nicht gibt.

Die gesetzmäßigen Strafen sind ursprünglich folgende: 1. Je nach der Größe der Schuld 10, 20, 30, 40, 50 Hiebe mit dem leichten Bambus, welche zu 4, 5, 10, 20 Hieben ermäßigt werden können.

2. 60, 70, 80, 90, 100 Hiebe, ermäßigt zu 20, 25, 35, 40 mit dem schweren Bambus.

3. Verbannung auf 1, 1½, 2, 2½ und 3 Jahren, wo neben auf 60, 70, 80, 90, 100 Hiebe — ermäßigt wie oben zu 2 — und Geldstrafe erkannt werden kann.

4. Verbannung auf Lebenszeit neben Geldstrafe und 100 Hieben — gilt als Gnadenerweis bei verwirkter Todesstrafe.

5. Todesstrafe, und zwar die mildeste, die durch den Strang, da keine Zerstückelung stattfindet, als schwere Enthauptung, und als schwerste die langsame Todesstrafe.

Die Mandschu — neben den drei hauptsächlichsten Völkergruppen Chinas, den Mongolen, Tebetanern und Miaotse, die das große Reich eigentlich beherrschende Rasse, die zu der Völkergruppe der Altaier, den Tungusen, gehört — werden statt mit dem Bambus mit der Peitsche bestraft. Statt der Verbannung haben sie 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60 65 70, 80 oder 90 Tage den Halsklotz zu tragen.

Der Halsklotz (kia) ist ein Gestell dessen Bretter um den Hals des Verbrechers zusammengeschlossen werden, er ist etwas länger als breit, und hindert den Träger, die Hände zum Kopf zu führen. Das Gewicht beträgt 25 kin (1 kin = 601 Gramm, also rund 20 Pfund). Der Holzklotz ist eine an unseren ehemaligen Pranger erinnernde Vorrichtung. Einbrecher werden z. B. an dem Orte der Tat hockend, mit untergeschlagenen Beinen, auf die Knie niedergelassen oder stehend vom Morgen bis zum Eintritt der Dunkelheit vor der Oeffentlichkeit unter polizeilicher Bewachung ausgestellt. Namen und Verbrechen sind auf dem Klotze zu lesen.

Die Prügelstrafe wird mit dem leichten oder schweren Bambus oder mit der Peitsche vorgenommen. Die Bambus sind flache Stäbe und haben eine Breite von 1 bis 2 tsun (1 tsun = 3.18 Ztm.), eine Länge von 5½ Fuß (chinesisch) und ein Gewicht von 1.5 bis 2 kin (0.9 bis 1.2 Kg.). Die Peitsche besteht aus mehreren zusammengeflochtenen Lederriemen, nach Art unserer militärischen Fahrerpeitschen. Bei der Prügelstrafe wird der Verurteilte auf den Leib gelegt, an Händen und Füßen gefesselt und die Schläge treffen das Gesäß.

Eine andere Art von Züchtigung besteht darin, daß die Wangen des vor dem Richter knienden Gefangenen mit einem Lederriemen geschlagen werden. Durch Bestechung der Gerichtsdiener kann die Wucht der Schläge gemildert werden.

Die mildeste Todesstrafe, das Erdrosseln (kiao) geschieht durch Zusammendrehen eines Stranges, welcher um den Hals des Verbrechers gelegt und durch ein Loch gezogen ist, das sich in Halshöhe in dem Pfahl befindet, an dem der Delinquent gefesselt ist.

Die schwere Tagesstrafe, das Enthaupten (tschan) geschieht mit dem Richtschwert. Unter diesem Richtschwert darf man sich nun nicht ein Werkzeug vorstellen, wie es bei uns zu diesem traurigen Zweck Verwendung findet, ein fein poliertes, haarscharfes Stahlinstrument, nein, das chinesische Richtschwert hat die Form eines unbeholfenen Krummsäbels, ist über doppelt so breit wie unser Kavalleriesäbel, hergestellt aus dem einfachsten Schmiedeeisen, dem man auf dem Handschleifstein eine mehr als zweifelhafte Schärfe gegeben hat.

Die schwerste, die langsame Todesstrafe (ling tschi) wird durch Enthauptung nach vorheriger Verstümmelung bewirkt. Blenden, Abschneiden von Ohren und Nase usw. — Alle Prügel- und Verbannungsstrafen von 1 bis 3 Jahren können durch Geldstrafen ersetzt werden, wenn der Uebeltäter das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht oder das 70. Jahr überschritten hat, ferner bei Blinden oder eines Gliedes Beraubter. Im Falle der Todesstrafe sind das 10. und das 80. Jahr die Grenze.

Auch der Folter bedient man sich noch in China bei hartnäckigem Leugnen der Angeschuldigten. Dieses darf jedoch gegen die vorstehend durch gesetzliche Bestimmungen Begünstigten nicht angewandt werden.

Bei der Folter unterscheidet man gesetzlich zwei Arten, das Quetschen der Finger mit kleinen Bambusstäben und das Quetschen der Knöchel zwischen drei Stäben, die oben zusammengedreht werden. Außerdem gibt es aber eine Reihe von eigentlich unerlaubten Folterarten. Knien auf Ketten und Glassplittern, Aufhängen an den Händen und Füßen, allerlei Gerüste, in denen der Betreffende in der unbequemsten Lage oder Stellung zu verharren genötigt ist, namentlich im Käfig (tschan-lung), aus dem nur der Kopf hervorsieht, und in dem der Angeschuldigte auf den Zehen stehen muß, um sich nicht selbst durch sein eigenes Gewicht zu erwürgen, die Heißwasserschlangen (tschang-thang-schö), mit heißem Wasser gefüllte, zinnerne, gewundene Röhren, die um Arme und Leib gelegt werden. Das sind einige der höllischen Werkzeuge, die man zu dem Zwecke der Erpressung eines Geständnisses in China erfunden hat, und die an die finsterste Zeit unseres Mittelalters mit ihren Folterkammern der heiligen Feme erinnert.

Wie oben bereits erwähnt, kann die Strafe und auch der Strafvollzug durch Bestechung der Gerichtspersonen gemildert werden. Bei der Geldgier der Amtspersonen spielt die Bestechlichkeit ein gewaltiges Korrektiv, so daß hierdurch alles zu erreichen ist.

Die Gerichtsverfassung ist eine recht einfache, da die Rechtspflege von der der Verwaltung in den beiden unteren Instanzen nicht getrennt ist und auf den Kreisrichtern und den Bezirksrichtern als Einzelrichtern beruht. Die Statthalter der Provinzen haben einen Oberlandesrichter neben sich, von dem die Berufung weiter nach Peking an das „Strafamt" (unser Justizministerium) geht, welches im Falle eines Todesurteils mit dem sogenannten „Censoramt" und dem „großen Rechtshofe" der Berufung entscheidet. — Trotz der schlechten öffentlichen Zustände, trotz aller Härten im Strafvollzug beruht Verwaltung und Rechtspflege auf einem an sich unanfechtbaren Grundsatze, dem der kindlichen Liebe. In diesem Sinne gelten alle Beamten als Väter des Volkes, welches sich damit also unter einer Art väterlicher Gewalt befindet. Daraus erklärt sich auch der starre Konservatismus der Chinesen, der immer noch bestehende Widerstand gegen alle Reformen irgendwelcher Art nach westländischem Muster, abendländischer Wissenschaft, Gesittung und Kultur. — China ist daher auch heute noch „eine Welt für sich", man hat deshalb nicht umsonst zu dem sinnbildlichen Vergleich von der „chinesischen Mauer" gegriffen.

PRAGER ZEITUNG.

Gerichtssaal

Raubüberfall auf dem „Heiligen Berg".

Beute Kč 22.50 — Strafe: 3 Jahre schweren Kerkers.

Prag, 26. September. Vor dem heutigen Schwurgericht war der 33jährige Chauffeur Karl Černý aus Příbram des Verbrechens des Raubes angeklagt. Raub bedeutet im Sinne unseres Strafgesetzes die gewalttätige Aneignung fremden Gutes. Das Hauptgewicht bei der Definierung dieses Tatbestandes liegt auf dem Wort „Gewalt".

Am 4. Juni d. J. ging Fräulein Marie Duna gegen Abend in den Anlagen des „Heiligen Berges" spazieren, als plötzlich ein hochgewachsener blonder Mann ihr in den Weg sprang, ohne weitere Rede ihr Handtäschchen packte und mit diesem verschwinden wollte. Die Eigentümerin wehrte sich begreiflicherweise, worauf der Attentäter sie zu würgen begann. Schließlich gelang es ihm, seinem Opfer die Handtasche zu entreißen; da das Fräulein aber den Griff fest umklammert hielt, blieb ihr dieser in der Hand. Die Beute des Räubers war geringfügig. In dem Täschchen befand sich außer einem Paar Handschuhen nur ein Hausschlüssel und Kč 22.50 in bar.

Die Untersuchung der Gendarmerie führte in kürzester Zeit auf die Spur des Täters, der auch gar keinen Versuch machte, die Tat in Abrede zu stellen. Er versuchte nur, seine Tat mit schlechtem Verdienst zu entschuldigen. Nun liegen aber dokumentarische Beweise vor, daß seine Frau sich lange vor dieser Tat über die Trunk- und Verschwendungssucht ihres Gatten beklagt hat. Die Leumundsnota bezeichnet denn auch tatsächlich den Angeklagten als starken Alkoholiker.

Bei der heutigen Verhandlung kamen allerhand unschöne Dinge aus der Vergangenheit des Angeklagten zum Vorschein, die wohl kaum geeignet waren, ihn vor den Geschworenen in ein günstiges Licht zu stellen. Diese bejahten die Schuldfrage mit acht Stimmen, worauf der Schwurgerichtshof (Vors. OGR. Kvapil) den Angeklagten zu drei Jahren schweren und verschärften Kerkers verurteilte. rb.

Sport • Spiel • Körperpflege

Der „größte Stafettenlauf", der nicht stattgefunden hat. „Der größte Stafettenlauf, den es bisher in Oesterreich gegeben hat, ein Stafettenlauf Wien—Bregenz, die Stafette der sechstausend Läufer", in dieser Art schrieben die bürgerlichen Blätter einige Wochen vor dem Katholikentag über einen Stafettenlauf, den die christlich-deutschen Turner aus Anlaß des Katholikentages quer durch Oesterreich nach Wien abhalten wollten. Die Arbeitersportler, die in der Durchführung großer Staffelläufe einige Erfahrung haben — der große internationale Sternlauf nach Leipzig im Jahre 1926 ist noch in Erinnerung —, sollten den christlich-deutschen Turnern für ein so großes Unternehmen, das sozusagen nur im Handumdrehen vorbereitet worden war, schon insgeheim Bewunderung. Allerdings — die katholischen Festtage gingen vorüber und der große Staffellauf blieb ungelaufen. Waren nicht genug Läufer da, konnte man die Schwierigkeiten der Organisation nicht meistern oder empfand man die leichtbekleideten Läufer als störend für die Weihe des Katholikentages? Auf alle Fälle: Die Großsprecher haben sich diesmal gehörig blamiert!

Naturfreunde in Palästina. Naturfreunde, die nach Palästina auswandern, mögen sich an Otto Wechsberg, Haifa, wenden, der sich bemüht, eine Gruppe zusammenzuschließen. Anfragen mit Rückporto an O. Wechsberg, Haifa, P. R., Pelestine.

Ein einarmiger Stabhochspringer! In Tallin fanden kürzlich die Arbeiterleichtathletikmeisterschaften statt, die ausgezeichnete Resultate brachten. Der einarmige Genosse Tamm erreichte im Stabhochsprung eine Höhe von 2.80 Meter und gewann auch noch andere Bewerbe. Er holte sich die Laufbewerbe über 800 Meter in 2:11.7 und über 1500 Meter in 4:39, sowie den Weitsprung mit 5.83 Meter.

Gegen den Alkohol! Der Arbeiterabstinentenbund in Oesterreich veranstaltet vom 16. bis 23. Oktober eine Kampfwoche gegen den Alkohol. An dieser Kampagne beteiligen sich auch die Arbeitersportler, die sich sofort zur Verfügung stellten. Am 1. Oktober wird eine Landesjugendkonferenz der Arbeiterabstinenten abgehalten, die das genaue Programm der Kampfwoche gegen den Alkohol ausarbeiten wird!

Bürgerlicher Sport.

Ueberraschung im Jubiläumsturnier der Slavia. Gestern war Fortsetzung und Schluß dieses Turniers, das für die Slavia nicht jubiläumsmäßig ausgefallen ist. Nach ihrem knappen Sieg am Vortag über Vienna mußte sie gestern von Ujpest eine verdiente Niederlage von 1:3 (1:2) einstecken. Die Budapester zeigten ein schönes und taktisch richtiges Spiel, waren sehr schußfreudig und ihr bester Mann war Szabo am Flügel, mit dem die Slavia-Mannschaft ihre liebe Not hatte. Bei der Slavia war der Sturm eine glatte Niete, das Half stand des öfteren dem raschen Stellungsspiel der Ungarn ratlos gegenüber und der Verteidigung merkt man das Alter an. Planička hat wieder drei Tore passieren lassen müssen — der Nimbus der Unbezwinglichkeit schwindet zusehends. Erfreulich war die korrekte Leitung des Schiedsrichters, wie überhaupt dieses Spiel sich wohltuend abhob von der Minderwertigkeit der andern. — Im Vorspiel standen sich Vienna und Sparta gegenüber. Sparta gewann mit 5:2 (2:1); spielte unnütz hart und als die Wiener gegen Schluß ebenso anfingen, wurde einer von ihnen ausgeschlossen. Lebensgefährlich war das Spiel des Spartaners Kloc, dem auch der Tormann der Wiener, der übrigens kein „Meister" seines Fachs ist, zum Opfer fiel und eine Zeit lang pausieren mußte. Die Wiener spielten ohne Schweidl, für ihn wirkte Habelt (DFC. Prag) mit negativen Erfolg. Der Schiedsrichter war das Gegenteil von seinem Kollegen im zweiten Spiele. — In der großen Pause war Paradeaufmarsch aller Abteilungen der Slavia, Reden usw. Da die Eintrittspreise wahrscheinlich wegen der „großen" Regie „mäßig" erhöht waren, wird als übriges Jubiläumsgeschenk ein Defizit nicht ausgeblieben sein.

Mitropa-Cup-Konferenz ist fällig! Am 21. Oktober soll in Budapest wieder eine Konferenz vom Cup von Mitteleuropa abgehalten werden. Bei dieser Tagung soll der Protest von Ambrosiana gegen die Verifizierung des Mitropacupfinalspieles behandelt werden. Die Italiener verlangen eine Annullierung und Neuaustragung des Endspieles! Ebenfalls in Budapest wird über die Besetzung des Sekretärpostens, den derzeit Hugo Meisl, der angeblich „amtsmüde" ist, einnimmt, gesprochen werden.

An unsere Postbezieher!

Der heutigen Nummer liegt ein Erlagschein zur Bezahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitungen erfolgt.

Die Bezugsgebühr ist am Kopf des Blattes ersichtlich und ist stets im vorhinein zu entrichten. Der Abonnementbeitrag muß spätestens bis zum 15. eines jeden Monates in unserem Besitze sein. Wir ersuchen Sie, dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung des Blattes eintritt.

Die Verwaltung.

Kunst und Wissen

Wochenspielplan des Neuen deutschen Theaters. Freitag, halb 8 Uhr: „Wilhelm Tell", D 2. — Samstag halb 8 Uhr: „Mamselle Nitouche", C 1. — Sonntag 2 Uhr: „Wilhelm Tell"; 8 Uhr: „Tiefland", D 2.

Wochenspielplan der Kleinen Bühne. Freitag 8 Uhr: „Höchste Eisenbahn". — Samstag 8 Uhr: „Die Trafik Ihrer Exzellenz". — Sonntag 3 Uhr: „Höchste Eisenbahn", 8 Uhr: „Pension Schöller".

Aus der Partei

Sozialdemokratische Frauenorganisation, Prag. Montag, den 2. Oktober, um 8 Uhr abends im „Monopol" Frauen- und Mädchenabend mit Vortrag des Genossen Josef Hofbauer über das Thema: „Literatur auf dem Scheiterhaufen."

Herr Goebbels, der Friedensengel

Kleines aufschlußreiches Interview.

Unserem Genfer Korrespondenten gelang es, Herrn Dr. Goebbels über die Genfer Pläne des Dritten Reichs zu interviewen.

„Wir sind, mein Herr", so rief der kleine Minister emphatisch, wobei er wie beschwörend die Hand ausstreckte, „wie Sie wissen, das abgerüstetste Volk der Welt! Die paar Kanonen, die wir so nebenbei fabrizieren, dienen nur der Ankurbelung des einheimischen Friedhofsmarktes. Die Friedensliebe, die Sanftmut und das verträgliche Gemüt des Nationalsozialismus sind sprichwörtlich, die kleinen Konzentrationslager — Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Revanche-Ideen sind uns meilenfern, wenn wir dereinst als Triumphatoren in Paris einziehen werden, so nur mit dem Oelzweig des Friedens in der Hand. Der Pazifismus ist uns ein Greuel, denn die Pazifisten der ganzen Welt tragen die Schuld am Weltkrieg von 1914/18! Wer den Frieden liebt, bereitet sich illegal auf den unvermeidbaren Krieg vor. — Sehen Sie unsere Führer an, ihr Abscheu vor dem Kriege hat sie seinerzeit veranlaßt, ihre friedliche Gesinnung durch die Tat zu beweisen! Der Reichsinnenminister Dr. Frick, mein lieber Kollege, hat in Pirmasens durchgehalten und allen Lockungen, sich von Kopf bis Fuß die Inkarnation kriegerischer Männlichkeit, blieb alle vier Jahre jeder Kriegsschau fern! Das ist ein Pazifismus der Praxis, den uns niemand nachmacht! An uns wird die Abrüstungskonferenz nicht scheitern, wir rüsten sowieso weiter auf! Wir lassen uns nicht mürbe machen, wir halten immer weiter Friedensreden, bis uns kein Mensch mehr glaubt! Unsere Bombengeschwader, die wir, korrekt und friedlich, hintenherum erbauen, sind eigentlich Herbstdrachen, die wir steigen lassen, um unsere Kinder von SA zu erfreuen. Die Sturmtruppen selbst sind eine Kreuzung von Spielzeug-Attrappen und noch nicht ganz ausgekrochenen Gorillajungen; sie können niemandem gefährlich werden. Ihre Bewaffnung ist unbedeutend, sie ist knapp hundertprozentig. In diesem Sinne, mein Herr, es wird weiter gerüstet!" Uce.

In das Heim des klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan. der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei „Sozialdemokrat" —

Wo verkehren wir?

Café „Continental", Prag, Graben

Gastwirtschaft LIDOVÝ DŮM (Gen. Wilhelm Opatrný) Täglich Konzert. PRAG II., Vyborská Nr. 7.

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Niekner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rota" A.-G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.